



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache

17. Wahlperiode

17/29

Zwischenbericht

über die Tätigkeit der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder

(Kinderkommission)

vom 23. Januar 2013 bis Ende der 17. Legislaturperiode (Oktober 2013)

Vorsitz: Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

	Inhalt	Seite
I.	Einleitung	4
II.	Schwerpunktthemen des Arbeitsprogramms	4
1.	Schwerpunktthema „Kinder psychisch kranker Eltern“	4
1.1.	Expertengespräch zum Thema „Probleme und Bedarfe von Kindern psychisch kranker Eltern“	4
1.2.	Expertengespräch zum Thema „Kinder kranker Eltern – Strukturelle Dimension, Kooperation, Vernetzung, gesetzgeberischer Handlungsbedarf“	8
1.3.	Besuch der Ambulanten Sozialpädagogik Charlottenburg – AMSOC e. V.	10
1.4.	Stellungnahme zum Themenkomplex „Kinder psychisch kranker Eltern“	11
2.	Schwerpunktthema „Chancengleichheit durch frühkindliche Bildung und Förderung“	16
2.1.	Expertengespräch zum Thema „Qualität der frühkindlichen Bildungsangebote“	16
2.2.	Expertengespräch zum Thema „Frühkindliche Bildung und Armutsprävention“	19
2.3.	Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Bedarf nach und Angebot der Kindertagesbetreuung“	24
2.4.	Stellungnahme zum Themenkomplex „Chancengleichheit durch frühkindliche Bildung“	24
III.	Behandlung weiterer Themen	29
1.	Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinderrechte ins Grundgesetz“	29



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2.	Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Homophobie an Schulen aus Sicht von homosexuellen Jugendlichen“	31
IV.	Veranstaltungen unter Beteiligung der Kinderkommission	33
1.	Aktion Rote Hand am 31. Januar 2013	33
2.	Eröffnung der Ausstellung „Wie Kinder die Welt sehen“ am 24. April 2013	35
3.	Fest zum 25-jährigen Jubiläum der Kinderkommission am 7. Juni 2013	37
V.	Gespräche der Kinderkommission außerhalb der Sitzungen	39
1.	Gespräch mit dem Aktionsbündnis Kindersoldaten zur Vorbereitung der Aktion „Rote Hand“	39
2.	Gespräch mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur „Komplexleistung Frühförderung“	39
3.	Gespräch mit der Deutschen UNESCO-Kommission e. V. zu „Menschenrechte und frühkindliche Bildung in Deutschland. Empfehlungen und Perspektiven“	40
VI.	Öffentlichkeitsarbeit	40
1.	Pressemitteilungen	40
2.	Pressekonferenz zur Vorsitzübergabe	40
VII.	Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission	42
VIII.	Anlagen	46



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

I. Einleitung

Der Vorsitz der Kinderkommission wechselt turnusmäßig zwischen den Mitgliedern in der Reihenfolge der Fraktionsstärke.

Am 30. Januar 2013 übernahm MdB Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) das Amt von ihrer Vorgängerin MdB Diana Golze (DIE LINKE.).

Im Rahmen einer Pressekonferenz stellte MdB Walter-Rosenheimer das Arbeitsprogramm für ihre Vorsitzzeit vor. Dieses umfasste die Schwerpunktthemen „Kinder kranker Eltern“ und „Chancengleichheit durch frühkindliche Bildung und Förderung“.



Beate Walter-Rosenheimer, Diana Golze mit Kiko-Maskottchen © DBT/Melde

II. Schwerpunktthemen des Arbeitsprogramms

1. Schwerpunktthema „Kinder psychisch kranker Eltern“

1.1. Expertengespräch zum Thema „Probleme und Bedarfe von Kindern psychisch kranker Eltern“

In ihrer 57. Sitzung am 27. Februar 2013 führte die Kinderkommission ein Expertengespräch zum Thema „Probleme und Bedarfe von Kindern psychisch kranker Eltern“.

Hierzu hatte sie folgende Expertinnen eingeladen:

Prof. Dr. Silke Wiegand-Grefe (BAG Kinder psychisch kranker Eltern)

Jun.-Prof. Dr. Sabine Metzger (Universität Witten/Herdecke, Fakultät für Gesundheit)

Katja Beck (Netz und Boden – Initiative für Kinder psychisch kranker Eltern)

Frau **Prof. Dr. Silke Wiegand-Grefe** (Wissenschaftlerin am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und Professorin für Klinische Psychologie an der Medical School Hamburg, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder psychisch erkrankter Eltern) berichtete in ihrem Statement über die praktischen Hilfen, die Familien mit erkrankten Elternteilen gegeben werden könnten.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der einen Seite gebe es eine sehr komplexe Ausgangslage, beispielsweise auf der psychisch-sozialen Ebene. So gebe es psychisch erkrankte Elternteile, aber manchmal auch Elternteile, die als gesund gälten, die sich aber im Kontakt als psychisch krank herausstellten. Es gebe Familien, in denen beide Eltern psychisch krank seien. Es gebe diagnostizierte Elternteile, bei denen seit vielen Jahren eine chronische psychische Erkrankung relativ klar sei. Es gebe nicht diagnostizierte Elternteile. Das gelte genauso für die Kinder. Nach den Studien sei etwa die Hälfte der Kinder selbst auffällig und benötige Behandlung. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie habe ebenfalls mehr als die Hälfte der dortigen Kinder einen psychisch erkrankten Elternteil. Die anderen Kinder seien die „kleinen Helden“, die hochkompetent und hochfunktional die ganze Familie managten und die jüngeren Geschwister sowie den erkrankten Elternteil mitversorgten.

Eine komplexe Ausgangslage bestehe auch auf der medizinischen Seite des Versorgungssystems. Auf dieser Ebene führe das zu sehr unterschiedlichen Versorgungsinstitutionen für die Familien: Sekundärprävention und Primärprävention, Behandlung auf der psychisch-sozialen Seite, berufliche Rehabilitation, Schuldenberatung, Frühförderhilfen usw. Die extrem komplexe Ausgangslage sei jeweils auch mit einer Komplexität an Hilfen verbunden. Bei mehreren Hilfesystemen brauche man Kooperation und Vernetzung, was häufig schwierig sei.

Es existierten zwar eine Vielzahl von durch Jugendhilfeeinrichtungen organisierte Praxisprojekte, die über ein breitgefächertes Angebotsspektrum verfügten. Es fehle aber die flächendeckende Routineversorgung. Darüber hinaus fehlten evaluierte, kontrollierte, randomisierte, evidenzbasierte, theoriegeleitete und manualisierte Interventionen. Nur der familienorientierte Ansatz sei mittlerweile evaluiert.

Kinder und Familien bräuchten eine Familienorientierung, das ganze Versorgungssystem sei jedoch individuell ausgerichtet. Es stehe immer der individuelle Mensch, das Kind oder der Erwachsene im Blick der Versorgungsstrukturen. Es gebe hingegen keinen routinemäßigen Blick auf die Familie. Die Beteiligung der Eltern sei Voraussetzung, wenn man mit den Kindern arbeiten wolle. Manche Projekte krankten daran, dass kein Bündnis mit den Eltern bestehe. Einerseits brauche es eine Familienorientierung und andererseits brauche es individuelle, bedarfsgerechte Hilfen.

Zusammenfassend sei der Bedarf wie folgt zu formulieren: flächendeckende Routineversorgung mit wirksamkeitsgeprüften und qualitätsgesicherten familienorientierten Interventionen, die wiederum gleichzeitig individuell, aber auch auf die Familien zugeschnitten seien oder darauf zugeschnitten werden könnten. Sie müssten vor allen Dingen auf den psychisch-sozialen und den medizinischen Bedarf abgestimmt sein.

Die Routineversorgung müsse strukturell verankert sein, ansonsten verbleibe man auf der Ebene von Projekten. Es brauche Präventions- und Früherkennungsstrukturen, die dort implementiert werden müssten, wo sich die Eltern und/oder die Kinder befänden. Hier böten sich drei Ansatzpunkte an. Ihre erste Vision sei eine routinemäßige Vorstellung des Kindes von Geburt an bei einem Kinderpsychologen, Kinderpsychiater oder Kinderpädagogen. Ihre zweite Vision schaue dorthin, wo sich die Eltern im Medizinsystem befänden, z. B. in den Kliniken, Psychiatriekliniken, Psychotherapiekliniken



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

usw. Dort sollte routinemäßig, beispielsweise gegen Ende der Behandlung, ein Abschlussgespräch mit Blick auf die Kinder bei einem geschulten Familientherapeuten geführt werden. Ihre dritte Vision beziehe sich auf das öffentliche Leben. Dort brauche es in den Schulen und den Kindertagesstätten unbedingt Aufklärung, Prävention und die Schulung der Mitarbeiter und der pädagogischen Fachkräfte vor Ort, um auch die Eltern in den Blick zu nehmen und nicht nur die pädagogische Förderung des Kindes.

Frau **Jun.-Prof. Dr. Sabine Metzging** (Department für Pflegewissenschaft/Fakultät für Gesundheit der Universität Witten/Herdecke) erklärte, sie habe sich in den letzten Jahren sehr intensiv insbesondere mit dem Thema „Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige“ beschäftigt. Es gebe keine validen Zahlen, wie viele Kinder und Jugendliche betroffen seien. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Bewältigung von chronischer und auch von psychischer Krankheit vor allem eine Familienangelegenheit sei. Familien hätten große Angst davor, auseinandergerissen zu werden und redeten daher außerhalb der Familie nicht über die Erkrankung. Zur bedarfs- und bedürfnisorientierten Hilfestellung sei es deshalb erforderlich, eine familienorientierte Perspektive einzunehmen. Eine Entlastung von Kindern psychisch kranker Eltern sei ohne Entlastung der Eltern nicht möglich. Man müsse darauf achten, was die Eltern bräuchten. Man wisse, dass der Umgang der Eltern mit der eigenen Erkrankung einen viel größeren Einfluss auf die Situation der Kinder und Jugendlichen habe als z. B. das Ausmaß der Erkrankung. Daher sei ihre dringende Empfehlung, ein gesellschaftliches Bewusstsein für dieses Thema zu schaffen und dessen Enttabuisierung herbeizuführen. Dies könne man über Informations- und Aufklärungskampagnen z. B. auch in den Schulen erreichen. Wenn dies gelinge, gebe es auch mehr Inanspruchnahme von Hilfen. Erforderlich seien niederschwellige, familienorientierte und vor allem regelfinanzierte Unterstützungsangebote. Wünschenswert seien eine Berücksichtigung von Kindern kranker Eltern und auch von pflegenden Kindern im Angehörigenbegriff und eine bessere Verzahnung von Jugendhilfe und Gesundheitsversorgung.

Frau **Katja Beeck** (Leiterin der Initiative „Netz und Boden“ für Kinder psychisch kranker Eltern und des Patenschaftsangebots für Kinder psychisch erkrankter Eltern beim Jugendhilfeträger AMSOC e. V.) stellte klar, dass verschiedene Faktoren eine wichtige Rolle spielten. Eine Studie besage, dass die Stressbelastung der Angehörigen von psychisch Kranken im Durchschnitt der eines Menschen kurz vor dem ersten Staatsexamen entspreche. Da es sich hierbei um den Durchschnitt handele, sei es aber wichtig zu differenzieren. Nicht jedes Kind habe diese Belastung. Es gebe Kinder, die noch größeren Belastungen ausgesetzt seien und solche, die durch die psychische Erkrankung der Eltern nicht wesentlich eingeschränkt seien. Als Schlüsselfaktoren für eine große Gefährdung des Kindes nannte sie drei Faktoren: Diese lägen beim erkrankten Elternteil, im sozialen Umfeld des Kindes und beim Kind selbst. Der Einfluss des kranken Elternteils sei markant und zeige sich auch in den Langzeitfolgen für die Kinder, die noch als Erwachsene erhebliche Probleme aufgrund ihres Schicksals hätten. Gerade die Erkrankung der Mutter spiele eine offensichtlich stärkere Rolle. Bei den



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

psychischen Erkrankungen gebe es eine große Bandbreite. Die Belastung für die Kinder gehe mit den Symptomen der Eltern einher. Es sei daher ein Unterschied, ob es sich nur um einen Minderantrieb handle oder ob es um Übergriffe der Eltern durch Wahnvorstellungen oder im Borderline-Bereich gehe.

Ein weiterer Schlüsselfaktor sei der Krankheitsverlauf. Die Belastung bei der Pflege von chronisch kranken Eltern sei eine andere als bei schubweise verlaufenden psychischen Erkrankungen. Bei einem einmaligen kritischen Lebensereignis, das z. B. zusammen mit einem gesunden Elternteil gut abgefangen werde, sei das Kind nicht im gleichen Maße belastet.

Frau Beeck machte deutlich, dass es bei der Krankheitsbewältigung durch den Elternteil große Unterschiede gebe. Wesentlich sei vor allem, ob der erkrankte Elternteil über Krankheitseinsicht verfüge und verstehe, dass sie/er und darüber hinaus auch ihr/sein Kind ein Problem habe.

Ein weiterer Faktor sei das soziale Umfeld. Wichtig sei, dass es kontinuierlich eine emotional stabile und empathische Bezugsperson gebe. Diese Person habe die Aufgabe, das Kind zu stärken und zu schützen, aber auch Orientierung zu geben. Dieser Ansprechpartner sei der entscheidende Faktor. Es gebe zwar auch kindbezogene Faktoren, aber die bereits genannten seien die Schlüsselfaktoren. Kinder reagierten auf die Belastung auch unterschiedlich. Manche Kinder würden auffällig und zeigten damit ihr Leid. Die stillen Kinder und die „Helden“, die sozial angenehme Reaktionsmuster zeigten, hätten später selbst Probleme, aber sie schadeten nicht der Gesellschaft. Sie kümmerten sich früh um die Eltern und könnten beispielsweise später unter Identitätsstörungen oder zum Teil auch an Selbstverletzungsverhalten leiden. Bei der Gewährung von Unterstützung für die Kinder müsse man insbesondere die Risikokonstellation und die Belastungssituation eines Kindes analysieren.

Frau Beeck sprach zudem die Notfallpläne und Vorsorgedokumente an. Rechtlich sei das Hilfesystem entsprechend ausgelegt, nicht aber praktisch. In der Praxis der Jugendhilfe sei die Unterstützung durch das Ziel der Wiedergesundung des Elternteils immer begrenzt; diese sei aber Aufgabe der Psychiater. Unter Umständen müsse deshalb eine dauerhafte Unterstützung gewährt werden, die das SGB VIII zwar vorhalte, aber die Praxis sehe oft anders aus. Die erheblich gefährdeten Kinder müssten unterstützt werden. Sie dürften nicht erst krank und auffällig werden; das sehe auch der Gesetzgeber oder der BGH so nicht vor. Der Gesetzgeber spreche von Kindeswohlgefährdung, und das sei eine erhebliche Gefährdung des Kindes. Es gelte, das Kind gerade vor Schaden zu bewahren.

Wichtig sei auch ein Umdenken in den Jugendämtern. Psychisch erkrankte Eltern hätten oft die Angst, dass das Jugendamt ihnen die Kinder wegnehme. Es müsse daher mehr Aufklärung erfolgen. Die Familiengerichte müssten stärker von Auflagen Gebrauch machen, denn es sei wünschenswert, die Eltern einzubeziehen. Bis zu einem gewissen Grad sei das auch rechtlich notwendig. Man müsse sich auch den Kindern widmen, deren Eltern nicht krankheitseinsichtig seien. Es sei schwierig, dort Hilfe zu installieren, denn diese Familien fielen nicht auf.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Bereich der Erwachsenenpsychiatrie und bei den Sprechstunden der Jugendhilfe müsse familienzentriert gedacht werden. Die Kinder dürften nicht zur Stabilisierung der Eltern herangezogen werden. Die Themen Kindeswohlgefährdung und Schweigepflicht müssten in die Psychiatrie eingebracht werden. Es sei schon viel geschaffen worden, das müsse aber auch in die Praxis transferiert werden. Ein Problem sei auch, dass die Hilfe für die Kinder an die Zustimmung des erkrankten Elternteils gebunden sei. Dieser verweigere manchmal diese Zustimmung aus Angst oder aus Scham. Hinzu komme, dass in einer Psychose die Bedürfnisse anderer Menschen, auch die der eigenen Kinder, nicht wahrgenommen werden könnten. Es fehle an einer dauerhaften Finanzierung von bedürfnis- und lösungsorientierten Ansätzen.

1.2. Expertengespräch zum Thema „Kinder kranker Eltern – Strukturelle Dimension, Kooperation, Vernetzung, gesetzgeberischer Handlungsbedarf“

Die Kinderkommission führte in ihrer 56. Sitzung am 13. März 2013 ein Expertengespräch zum Thema „Kinder kranker Eltern – Strukturelle Dimension, Kooperation, Vernetzung, gesetzgeberischer Handlungsbedarf.“ Hierzu hatte sie **Prof. Dr. Albert Lenz** vom Institut für Gesundheitsforschung und Soziale Psychiatrie der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen und **Julia Stolpp** vom Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker e. V. als Sachverständige eingeladen.

Herr **Prof. Dr. Albert Lenz** (Institut für Gesundheitsforschung und Soziale Psychiatrie der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen) stellte fest, dass das hohe Erkrankungsrisiko der Kinder ausdrücklich auf die Bedeutung von frühen und rechtzeitigen Hilfen für die Kinder und ihre Familien hinweise. In der Fachwissenschaft und auch in der Praxis seien in den letzten zehn Jahren eine Vielzahl von Ansätzen, Hilfen und Interventionsmöglichkeiten entwickelt worden. Diese Angebote seien aber häufig nicht als Regelangebot im kommunalen Versorgungssystem verankert. Die Finanzierung vieler Projekte werde in erster Linie über Modellvorhaben am Leben erhalten, für die zum Teil sehr „kreative“ Finanzierungslösungen notwendig seien, um die Hilfen auch dauerhaft zu ermöglichen.

Die Kooperation der Systeme sei ein zentrales Thema. Die Notwendigkeit dieser Kooperation lasse sich auch empirisch wissenschaftlich belegen. Beispielsweise habe die Mannheimer Risikokinderstudie gezeigt, dass die Beziehung zwischen der elterlichen Erkrankung und der kindlichen Belastung bzw. Entwicklungsstörung keine einseitige Wirkrichtung habe, sondern dass der psychische Zustand des erkrankten Elternteils die Entwicklung des Kindes beeinflusse, und umgekehrt die Entwicklung des Kindes auch wiederum den erkrankten Elternteil beeinflusse. Aus diesem Kontext könnten angespannte, emotional aufgeladene Familienverhältnisse entstehen.

Man wisse auch aus der Forschung, dass solche belastenden familiären Interaktionen zu einer Erhöhung des Störungsrisikos beitragen. Dieser Teufelskreis berge eine ganze Reihe von Handlungsnotwendigkeiten. Um diesem effektiv begegnen zu können, müss-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ten Hilfen sowohl auf der Ebene des Kindes als auch auf der Ebene der erkrankten Eltern und des familiären Systems vernetzt ansetzen. Für die Hilfen müsse es daher eine koordinierte und kooperierende Zusammenarbeit unterschiedlicher Professionen und Institutionen der Jugendhilfe, des Gesundheitswesens, der Erwachsenenpsychiatrie, der Kinder- und Jugendpsychiatrie und des psychotherapeutischen Systems geben. Die meisten psychisch erkrankten Eltern seien nicht im psychiatrischen, sondern im psychotherapeutischen System. Deswegen seien kombinierte, multiprofessionelle Hilfen zu fordern, die das ganze Familiensystem unterstützten und stärkten, damit es trotz der Erkrankung seine Aufgabe erfüllen und die Kinder auch betreuen könne. Aber nachhaltige, kombinierte Hilfen erforderten eine kooperative Regelfinanzierung, die im Sozialrecht nicht ausdrücklich vorgesehen sei.

Das Problem sei hier die „Versäulung“ der einzelnen Sozialleistungsbereiche. Es werde voneinander getrennt gearbeitet, sodass der Aufbau von kombinierten Hilfen erschwert sei. Es sei deshalb erforderlich, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Es gebe solche Komplexleistungen beispielsweise in der Frühförderung. Hier sehe er den zentralen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Auf der fachlichen Ebene seien die Voraussetzungen vorhanden. Man verfüge über ein differenziertes Wissen über die Zusammenhänge der Belastung einerseits und über die Wirkung von Resilienz und von Ressourcen andererseits. Daraus seien zahlreiche wichtige und wirksame Hilfen entstanden. Die Strukturen erschwerten jedoch bei der alltäglichen Arbeit die Kooperation, um bestimmte therapeutische, präventive Prozesse gemeinsam mit dem behandelnden Psychotherapeuten und den Einrichtungen der Jugendhilfe durchzuführen.

Frau **Julia Stolpp** (Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker e. V.) erklärte, dass man heute einerseits sehr gut wisse, wie es den Kindern gehe und was sie benötigten, andererseits sei dieses Wissen jedoch noch längst nicht in der Breite in allen Institutionen angekommen. Die Stärkung der Sensibilität sollte auch weiterhin im Focus bleiben. Selbstverständlich seien im nächsten Schritt auch die Rahmenbedingungen zu schaffen, um Kooperationen zu ermöglichen.

Sie beschäftige sich seit fünf Jahren „freiwillig“ mit dem Thema. Durch ihren psychisch kranken Vater sei sie aber schon ihr ganzes Leben mit der Problematik vertraut. In ihrem dritten Lebensjahr sei er erkrankt und sie sei mit seiner Erkrankung aufgewachsen. Ihr sei vor allem in Erinnerung, dass er als Vater oft ausgefallen sei. Sie habe lange nicht gewusst, was wirklich los sei. So habe sie z. B. mit 14 Jahren in ihr Tagebuch geschrieben: „Papa ist komisch, als ob er Drogen genommen hätte.“ Sie habe keinen Namen dafür gehabt, obwohl ihr schon gesagt worden sei, dass er krank sei.

Es sei nach wie vor das Schicksal vieler Kinder psychisch kranker Eltern, dass man ihnen aus Angst oder vermeintlicher Rücksichtnahme nicht genau sage, was los sei. Obwohl ihre Mutter glücklicherweise eine starke Bezugsperson gewesen sei, habe sie in der Pubertät zusätzliche Unterstützung gebraucht.

Wenn die Kinder nicht frühzeitig Unterstützung von außen bekämen, werde die Situation für sie immer schwieriger. An ihrer persönlichen Geschichte werde ein „Rasterproblem“ deutlich: Sie sei nicht auffällig genug gewesen, als dass die Kinder- und Ju-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

gendhilfe ins Spiel gekommen wäre, da es auch noch einen gesunden Elternteil gegeben habe. Gleichzeitig habe sich aber der Psychiater ihres Vaters nicht für sie interessiert. Es sei ein großes Problem, dass in der Erwachsenenpsychiatrie keine Sensibilität für die Kinder des Patienten bestehe. Es sei enorm wichtig, dass auf den einzelnen Patienten fokussiert werde; aber dass der systemische Blick fehle, sei speziell für die Kinder von großem Nachteil.

Es werde auch deutlich, wie schwierig es sei, in der Kinder- und Jugendhilfe präventive Ansätze durchzusetzen und präventive Hilfen zu finanzieren. Man könne quasi „nicht auf Verdacht“ jemanden in die Familie schicken, sondern es müsse erst etwas passieren. Als Lehramtsstudentin wundere sie sich jetzt nicht, dass in der Schule niemand auf ihre Probleme aufmerksam geworden sei, da Lehrer dafür nicht ausgebildet würden. In der Ausbildung, auch in den Sozialberufen, müsse sich einiges ändern. Sie studiere außerdem Erziehungswissenschaften und auch dort komme das Thema in den fünf Jahren des Studiums nicht vor. Jedoch qualifiziere dieses Studium für eine Arbeit beim Jugendamt. Es gebe daher viel Fortbildungsbedarf, der finanziert werden müsse.

1.3. Besuch der Ambulanten Sozialpädagogik Charlottenburg – AMSOC e. V.

Am 20. März 2013 besuchte die Kinderkommission des Deutschen Bundestages die Ambulante Sozialpädagogik Charlottenburg e. V. Hierzu erschien unter dem Link http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/43484972_kw12_pa_kiko_charlottenburg/index.html der folgende Artikel:

Die Kiko on Tour: Am **Mittwoch, 20. März 2013**, besuchte die **Kinderkommission (Kiko)** des Deutschen Bundestages unter Vorsitz von **Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen)** die **Ambulante Sozialpädagogik Charlottenburg (Amsoc)**. Dabei wollten die Abgeordneten einen Einblick in das Leben von Kindern psychisch kranker Eltern erhalten. Denn das Leben dieser Kinder ist oft nicht einfach. Sie müssten schon in frühen Jahren viel Verantwortung übernehmen, sagte **Amsoc-Geschäftsführerin Hildegard Arbeiter**.

Die Bedürfnisse der Kinder

"Psychisch kranke Eltern nehmen oft die Bedürfnisse ihrer Kinder nicht mehr wahr und sehen diese nur als Verlängerung von sich selbst." Dies seien dramatische Zustände, betont die Geschäftsführerin vor den beiden Abgeordneten **Eckhard Pols (CDU/CSU)** und **Beate Walter-Rosenheimer**, die an dem Vor-Ort-Termin der Kiko teilnahmen.

Die Einrichtung in Charlottenburg biete eine vom Jugendamt finanzierte ambulante Hilfe, die bei den Familien vor Ort ansetze. "Wir gehen in die Familien rein, um die Lebensumstände kennenzulernen", meinte **Bernd Zimmermann, Vorsitzender des Vereins**. Dabei stehe jedoch stets das Kind im Mittelpunkt der Interventionsarbeit, ergänzte Hildegard Arbeiter, die auch betonte, dass dabei die gesamte Familie im Blick behalten werde.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hilfe in Feuerwehrfunktion

Oft jedoch, so sagte Bernd Zimmermann, spiele man in letzter Zeit nur noch Feuerwehrmann. Die Hilfe-Rufe kämen immer später, das Budget verringere sich. "Wir haben immer mehr Aufwand und dafür immer weniger Stunden zur Verfügung", warnte der Pädagoge.

Derzeit seien 33 Mitarbeiter im Verein angestellt, hinzu kämen über 80 Ehrenamtliche, die vor allem Patenschaften für Kinder in betroffenen Familien übernehmen. Diese sollen für die Heranwachsenden eine emotional stabile Bezugsperson sein. "In der Erziehungsarbeit ist Konstanz entscheidend. Kinder brauchen, wenn möglich, fünf sichere Bindungsangebote, eines jedoch ist Minimum", machte **Katja Beeck, Leiterin des Patenschaftsprogramms der Amsoc**, klar.

„Auf Ehrenamt muss Hauptamt folgen“

Diese Rolle sollen in Familien mit psychisch kranken Elternteilen, die nicht ausreichend für ihre Kinder sorgen können, Paten übernehmen. Dabei sei eine stabile Beziehung das Besondere. Denn oft würden andere Hilfsmaßnahmen nach Besserung des Krankheitszustandes beendet werden, die Patienten seien dann wieder auf sich allein gestellt.

Finanziert wird dieses Teilprojekt der Amsoc überwiegend aus Spendenmitteln und ehrenamtlicher Arbeit. Doch: "Auf Ehrenamt muss Hauptamt folgen. Diese Denkweise muss in die Politik rein." (Idi/20.03.2013)

1.4. Stellungnahme zum Themenkomplex „Kinder psychisch kranker Eltern“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

Kommissionsdrucksache

17. Wahlperiode

17/26

Berlin, 4. Juni 2013

Beate Walter-Rosenheimer, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Kinder psychisch kranker Eltern“

Seit Jahren steigt die Anzahl psychisch kranker Menschen in Deutschland. Jeder dritte Erwachsene ist im Laufe seines Lebens von einer Erkrankung der Psyche betroffen. Auch der Anteil der Arbeitsunfähigkeitszeiten durch psychische Erkrankungen hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Dementsprechend hoch ist die Anzahl der Kinder psychisch kranker Eltern. Experten gehen von ca. 3 – 4 Millionen betroffenen Kindern aus. Von diesen ist schätzungsweise die Hälfte bereits psychisch auffällig. Kinder psychisch kranker Eltern haben statistisch gesehen je nach Art der Erkrankung eine 3 – 7-fach höhere Disposition für psychische Erkrankungen im Vergleich zur „Normalbevölkerung“. Verantwortlich für dieses erhöhte Risiko ist ein Zusammenspiel aus sozialen Komponenten, besonders schwierigen Lebens- und Entwicklungsbedingungen sowie genetischen Faktoren.

Kinder psychisch kranker Eltern sind jedoch nicht nur selbst von einem höheren Risiko für psychische Erkrankungen betroffen, sondern sind gezwungen, auch innerhalb der Familie Aufgaben zu übernehmen, die sonst Erwachsenen obliegen. Häufig werden sie zu Pflegenden und übernehmen die Verantwortung für ihre Eltern. Dies überfordert Kinder, weshalb sie in besonderem Maße auf Unterstützung angewiesen sind. Erste wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass diese Kinder häufig unter ständiger Angst vor einer Krankheitsverschlechterung und dem damit verbundenen Ausfall des Elternteils leiden. Trennungsängste und Verlusterfahrungen sind die Folge. Die Kinder haben zudem auch sehr stark unter der immer noch vorherrschenden Stigmatisierung psychischer Erkrankungen und deren Tabuisierung in der Gesellschaft zu leiden. Psychische Erkrankungen



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seite 2



werden häufig „in der Familie gehalten“ und nach außen verheimlicht. Durch dieses „Schweigegebot“ haben die Kinder wenige Chancen auf Hilfe und Unterstützung. Professionelle Beratungs- und Anlaufstellen sind selten bekannt und finden sich, wenn überhaupt, meist nur in größeren Städten.

Bei der Behandlung erkrankter Eltern werden die Kinder häufig vergessen. Es wird nicht danach gefragt, ob Kinder betroffen sind und ob sie Unterstützung benötigen.

Es gibt keine „Versorgungspläne“ für betroffene Familien. Erschwerend kommt hinzu, dass die Versorgungssituation von Kindern psychisch kranker Eltern in Deutschland dem Bedarf bei weitem nicht gerecht wird.

Die Anzahl und regionale Verteilung der Hilfsangebote ist deutschlandweit noch sehr unterschiedlich. Es gibt weder eine flächendeckende Routineversorgung noch Evaluationen zur Wirksamkeit der Interventionen. Zudem fehlt es an wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnissen zu den Folgen der Belastungssituation für Kinder.

Die Kinderkommission hat sich mit der Problematik der betroffenen Kinder intensiv auseinandergesetzt. Im Rahmen dessen hat sie die Ambulante Sozialpädagogik Charlottenburg e. V. besucht und Einblick in die Arbeit mit psychisch kranken Eltern und ihren Kindern bekommen. AMSOC bietet neben der sozialpädagogischen und psychologischen Arbeit mit Eltern und Kindern ein Patenschaftsprogramm an, in dem Kindern psychisch kranker Eltern dauerhaft eine emotional stabile Person als Patin bzw. Paten an die Seite gestellt wird. Diese Person soll zum verlässlichen Begleiter in gesundheitlich guten wie auch schlechten Zeiten werden und dem Kind damit Sicherheit und Stabilität geben.

In zwei Expertengesprächen wurden darüber hinaus die Probleme und Bedarfe von Kindern psychisch kranker Eltern und die strukturelle Dimension, Kooperation und Vernetzung sowie ein möglicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf durch verschiedene Sachverständige dargelegt und diskutiert. Daraus zieht die Kinderkommission folgende Schlüsse und Empfehlungen:



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seite 3



- Kinder und ihre Familien brauchen individuell auf ihren jeweiligen Bedarf zugeschnittene niedrigschwellige Hilfen. Dies sollte durch ein angemessenes, strukturiertes Unterstützungssystem ergänzt werden.
- Die Familie in den Blick nehmen: sowohl bei den Hilfen für Kinder als auch bei psychiatrischer Behandlung der Eltern. Die medizinische Versorgung hat bislang nur den jeweiligen Patienten im Blick, eine Betrachtung des kompletten Familiensystems fehlt meist. Bei jeder Intervention muss immer auch überprüft werden, ob Kinder betroffen sind und wie deren physische und psychische Versorgung sichergestellt werden kann.
- Die verschiedenen Hilfesysteme wie das Gesundheitswesen, Kindertagesbetreuung und Schule oder Jugendhilfe müssen besser miteinander vernetzt werden. Kooperationsstrukturen müssen ausgebaut werden, damit Kinder nicht mehr durch die Raster fallen.
- Die im Sozialgesetzbuch VIII – Kinder- und Jugendhilfe – vorgesehenen Hilfen zur Erziehung sollen auf die Problematik von Kindern psychisch kranker Eltern ausgeweitet werden. Als Ergänzung ist eine flächendeckende Unterstützung von Patenschaftsangeboten wünschenswert.
- Präventions- und Früherkennungsstrukturen sollen dort geschaffen werden, wo Eltern und Kinder bereits in Kontakt mit dem Gesundheitswesen oder mit psychosozialen Strukturen sind. Das sind etwa die regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen (U1-U9) beim Kinderarzt, wo auch psychische Auffälligkeiten beobachtet oder abgefragt werden können oder soziale Orte wie der Kindergarten und die Schule. Erforderlich ist deshalb eine bessere Aufklärung von KinderärztInnen, ErzieherInnen und LehrerInnen in speziellen Infobroschüren oder Seminaren, damit dieser Personenkreis für derartige Probleme der Kinder sensibilisiert ist. Die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen in der Gesellschaft soll durch Informations- und



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seite 4



- Aufklärungskampagnen, am besten schon im Kindergarten- und Grundschulalter, verringert werden. Dadurch können Tabus gebrochen und ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Bedarfe von Kindern psychisch kranker Eltern geschaffen werden.
- Bislang liegen viel zu wenig wissenschaftlich fundierte Informationen zur Situation und zu den Bedarfen von Kindern psychisch kranker Eltern vor. Wissenschaftliche Studien sollen gefördert werden.

Die Kinderkommission setzt sich für die Umsetzung dieser Schlussfolgerungen ein, um eine Verbesserung der Situation von Kindern psychisch kranker Eltern zu erreichen.

Beate Walter-Rosenheimer, MdB



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. Schwerpunktthema „Chancengleichheit durch frühkindliche Bildung und Förderung“

2.1. Expertengespräch zum Thema „Qualität der frühkindlichen Bildungsangebote“

Die Kinderkommission führte in ihrer 59. Sitzung am 15. Mai 2013 ein Expertengespräch zum Thema „Qualität der frühkindlichen Bildungsangebote“ durch. Als Sachverständige waren **Prof. Dr. Wolfgang Tietze** (Freie Universität Berlin, Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie), **Anette Stein** (Leitung des Programms „Wirksame Bildungsinvestitionen“; Bertelsmann Stiftung) und **Norbert Hocke** (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) eingeladen.

Herr **Prof. Dr. Wolfgang Tietze** (Freie Universität Berlin, Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie) erläuterte die drei größeren Herausforderungen für das Früherziehungssystem: Erstens gebe es die quantitative Herausforderung, genügend geeignete Plätze zu schaffen. Die qualitative Herausforderung sei zweitens, Plätze mit guter Qualität unabhängig von der gewählten Form zu schaffen. Die dritte Herausforderung sei die Funktionserweiterung von Kindertageseinrichtungen. Diese seien gegenwärtig auf Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern spezialisiert, wobei die Eltern ein Stück weit außen vor blieben. Um erfolgreich zu sein, müssten die Einrichtungen stärker als bisher Eltern mit einbeziehen, denn der Eltern- und der Familienfaktor seien entscheidend und im Effekt deutlich größer als das, was von der Qualität der Einrichtung ausgehe. Diese Funktionserweiterung werde gegenwärtig unter dem Gesichtspunkt Familienzentren, Eltern-Kind-Zentren usw. diskutiert.

Zweifellos habe Deutschland eine große Kraftanstrengung unternommen, um den quantitativen Ausbau der Betreuungsplätze zu erhöhen. In Bezug auf das Thema des Expertengesprächs stelle sich aber auch die Frage nach der Qualität der Einrichtungen. Hierbei stehe man vor dem Problem, dass es in Deutschland keine Information über die Qualität in den Einrichtungen gebe, da hierüber keine Daten erfasst würden. Die Qualitätssicherung sei unzureichend. Die Einrichtungen benötigten zwar eine Betriebserlaubnis, die jedoch nichts über die Qualität aussage, denn sie werde erteilt, wenn die Einrichtung dem Kindeswohl nicht schade. Es sei sozusagen eine unzureichende Abgrenzung nach unten.

Prof. Dr. Tietze nannte einige Daten aus der NUBBEK-Studie, der Nationalen Untersuchung zur Bildung, Betreuung, Erziehung im frühen Kindesalter. Danach sei die pädagogische Qualität in allen Formen – Kindergarten, Krippe, altersgemischte Gruppen oder auch der Tagespflege – nach internationalen Standards im Durchschnitt nur mittelmäßig, bei gleichzeitig relativ großer Streuung. Die große Streuung besage z. B., dass 10 Prozent der Einrichtungen eine unzureichende Qualität hätten. Einen ähnlich hohen Anteil habe eine gute bis sehr gute Qualität. Die Forschungsgruppe, in der mehrere Institute vertreten gewesen seien, halte dieses Ausmaß für unzureichend und Veränderungen für erforderlich. Für den Kindergartenbereich habe man 15 Jahre alte Vergleichsdaten. Das durchschnittliche Qualitätsniveau habe sich seitdem trotz einiger



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Veränderungsanstöße nicht verändert. Teilweise seien die Rahmenbedingungen verbessert worden. Es werde eine Akademisierung der ErzieherInnenausbildung angestrebt und in den Ländern gebe es Orientierungspläne. Bei den politischen Maßnahmen müsse aber auch überprüft werden, ob diese Maßnahmen in der Praxis ankämen. Einrichtungen mit einem hohen Migrationsanteil hätten besondere Schwierigkeiten. Ein hoher Migrationsanteil bedeute, dass mehr als zwei Drittel der Kinder keinen deutschen Hintergrund hätten. In diesen Einrichtungen sei die Prozessqualität schwächer ausgeprägt und die Kinder hätten geringere Entwicklungschancen. Die politischen Maßnahmen müssten dahin gehen, diesen Kindern besondere Möglichkeiten zu bieten. Es müsse also eine „positive Diskriminierung“ geben, die dann auch deutsche Eltern dazu veranlasse, ihr Kind in diesen Einrichtungen zu belassen und nicht selbst durch Wegzug zur Segregation beizutragen. Man müsse nachhaltige Programme auflegen. So wie es eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung bei dem quantitativen Ausbau gebe, brauche man für die nächsten fünf Jahre eine Qualitätsinitiative, die in ähnlicher Weise gesellschaftliche Mittel zur Verbesserung von Rahmenbedingungen und Strukturen mobilisiere sowie zur direkten Intervention in der Praxis. Wenn man das System politisch ernsthaft steuern wolle, brauche man ein Qualitätsmonitoring. Man benötige Daten, ohne die eine Steuerung nicht möglich sei.

Frau **Anette Stein** (Leitung des Programms „Wirksame Bildungsinvestitionen“; Bertelsmann Stiftung) vertrat die Auffassung, dass der Ausbau U3 jetzt erst anfangen werde. Die Untersuchungen der letzten Jahre zeigten, dass mit steigendem Angebot auch die Zahl der Anfragen steige. Es sei in Deutschland daher eine weitere Steigerung bei der Nachfrage der Eltern absehbar. Man wisse aus allen Untersuchungen, dass Kinder nur von einer guten Qualität der Betreuung profitierten. Sie wolle auf die NESSE-Studie Bezug nehmen. Dort werde noch einmal deutlich gemacht, dass die Qualität entscheidend sei, dass es aber auch im frühkindlichen Bildungssystem um sehr komplexe Fragestellungen gehe und nicht nur eine Maßnahme zum Erfolg führe. Zunächst sei auch die Frage zu klären, ob es derzeit wirklich um das Wohl der Kinder gehe. An vielen Stellen seien andere Zielsetzungen wie z. B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der volkswirtschaftliche Nutzen wichtig. Diese Ziele seien zwar legitim, müssten sich aber dem Wohl der Kinder unterordnen. Entscheidend sei, dass auch die Kinder hier und jetzt ein Recht auf gute Bildung und gute Entwicklungschancen hätten und nicht irgendwann in der Zukunft.

Jenseits der Kitas müsse es ein kompetentes Gesamtsystem geben. Kinder könnten gute Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten in einer Kita bekommen, wenn der Rahmen um die Kita herum auch gut sei. Voraussetzung sei selbstverständlich professionelles Personal und professionelle Arbeit in der Kita, aber auch die Trägerebene sei ganz entscheidend. Bezogen allein auf die Kita gebe es das sogenannte „eiserne Qualitätsdreieck“. Dabei gehe es um die drei entscheidenden Eckpunkte, über die man Qualität steuern könne: Das sei zum einen die Fachkraft-Kind-Relation, zum anderen die Gruppengröße und drittens die Professionalisierung der Fachkräfte. Bei der Professionalisierung müsse man beachten, dass jede Situation in einer Kita eine individuelle Situation



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sei. Diese könne man von außen nicht generell regeln, man könne nur die Rahmenbedingungen beeinflussen. Am Ende entscheide die Interaktion zwischen einer Erzieherin und einem Kind und zwischen Kindern untereinander. Diese könne man nicht über 16 Länder hinweg von außen steuern; aber es sei denkbar, über zentrale Eckpunkte und Grenzwerte – zum Beispiel beim Personalschlüssel – einen nationalen Rahmen zu bilden, damit ein kompetentes System in einer Kita möglich werde.

Herr **Norbert Hocke** (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) ging davon aus, dass das Thema „Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder“ national und international in den nächsten Monaten an Fahrt aufnehmen werde. Der Bericht „Starting Strong III“ der OECD weise aus, dass eine Befassung mit den Qualitätsmaßstäben in der nächsten Zeit deutlicher als bisher erfolgen müsse. In einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, des Diakonischen Werks und der GEW über die Alice-Salomon-Hochschule zum Schlüssel guter Bildung, Erziehung und Betreuung sei analysiert worden, wie die ErzieherInnen mit dem Thema „Qualität“ umgingen. Die Professorinnen Viernickel und Nentwig-Gesemann hätten in Tiefeninterviews und in qualitativen Untersuchungen drei Typen von ErzieherInnen-Gruppen festgestellt. Das sogenannte Umsetzungs-dilemma sei in allen drei Gruppen gleich. Alle hätten hohe Erwartungen, könnten diese aber unter den Rahmenbedingungen nicht so erfüllen, wie sie es eigentlich gerne wollten. Daraus entwickelten die ErzieherInnen unterschiedliche Handlungsstrategien. Die Gruppe, die sehr stark mit einem eigenen Wertekonzept arbeite, könne ganz anders mit diesem Umsetzungs-dilemma umgehen. Sie versuche die Konzepte ihrer jeweiligen Einrichtung oder deren jeweiligen Auftrag, wie beispielsweise die Inklusion, mit dem Bildungsplan des Bundeslandes, in dem sie arbeiteten, in Einklang zu bringen. Eine zweite Gruppe arbeite die Bildungspläne systematisch ab. Die dritte Gruppe distanzieren sich letztendlich von allen und arbeite „im Prinzip nach Frühling, Sommer, Herbst und Winter“ weiter diese Dinge tagtäglich ab. Wie das Personal mit den Veränderungen umgehe, sei aus seiner Sicht ein ganz wesentlicher Punkt. Ein weiterer Punkt, der an das „eiserne Dreieck“ anschließe, sei der Zeitansatz für mittelbare pädagogische Arbeitszeit, nämlich für Sprachförderung, für Dokumentation und Beobachtung und für Elternarbeit beim Übergang vom Kindergarten zur Grundschule. Bei all diesen Themenfeldern nähmen sich ErzieherInnen pro Woche im Durchschnitt jeweils ein bis anderthalb Stunden pro Themenfeld Zeit, um diese Arbeiten zu gestalten. In der Dienstplangestaltung fehlten aber bei 60 Prozent der Kitas im Westen überhaupt Aussagen über die mittelbare pädagogische Arbeitszeit. Dies führe dazu, dass die Vorbereitungszeit von der Interaktionszeit mit den Kindern abgezogen werden müsse. Vor diesem Hintergrund werde deutlich, dass in nächster Zeit eine stärkere Auseinandersetzung mit dem „eisernen Dreieck“ – Erzieher-Kind-Relation, mittelbare pädagogische Arbeitszeit, Ausbildung – erfolgen müsse. Er komme deshalb zu dem Schluss, dass dringend die Frage auch nach der Bundesverantwortung für gewisse Mindeststandards stärker als bisher wieder aufgenommen werden müsse. Eine Auseinandersetzung mit der Qualität der Kinderbetreuung sei nach der Ausbauphase jedenfalls notwendig.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2.2. Expertengespräch zum Thema „Frühkindliche Bildung und Armutsprävention“

Die Kinderkommission führte in ihrer 60. Sitzung am 5. Juni 2013 ein Expertengespräch zum Thema „Frühkindliche Bildung und Armutsprävention“ durch. Als Sachverständige waren **Prof. Dr. Hans Betram** (Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Lehrstuhl für Mikrosoziologie), **Dr. Antje Richter-Kornweitz** (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.) sowie **Dr. Ulrich Schneider** (Geschäftsführer des Verbandes „Der Paritätische“) eingeladen.

Dr. Ulrich Schneider (Geschäftsführer des Verbandes „Der Paritätische“) stellte fest, dass inzwischen Konsens darüber bestehe, dass Bildung eine der Möglichkeiten sei, Armut zu bekämpfen, vor Armut zu schützen und dass gelungene Bildung darüber hinaus die Startchancen in der Gesellschaft erhöhten. Es gehe daher mehr um die Frage, wie gute Bildung umgesetzt werden könne. Ein breiter Konsens bestehe auch darüber, dass es ein großes Defizit bei der Chancengerechtigkeit gebe. Den Paritätischen irritiere gelegentlich der zugrunde gelegte Bildungsbegriff. Er selbst habe in sogenannten sozialen Brennpunkten in Gemeinwesenprojekten gearbeitet und Kinder- und Jugendarbeit sowie Familienarbeit organisiert. Aus dieser persönlichen Erfahrung heraus könne er der Art und Weise der Diskussion bisweilen nicht folgen. Je fachferner die Menschen seien, umso merkwürdiger werde der Bildungsbegriff interpretiert. Dieser sehe häufig so aus, dass man einem Kind Bildung „gebe“ und wenn dieses Kind dieses Bildungsangebot „annehme“, werde etwas aus ihm. Bei diesem Prozess störe die Familie häufig, weil sie bildungsfern sei. Es werde dann oft vorgeschlagen, die Kinder möglichst lange von der Familie fernzuhalten und in Ganztagschulen mit möglichst langen Öffnungszeiten unterzubringen. Dieser Bildungsbegriff widerspreche aber vehement der praktischen Erfahrung und sei nur in Ausnahmefällen erfolgreich.

Herr Dr. Schneider führte weiter aus, man könne ein Kind niemals gegen die Familie erziehen, unabhängig davon, wie lange man es tagsüber von der Familie fernhalte. Denn ein Kind werde nicht gebildet, sondern es müsse sich bilden: Das Kind müsse etwas für sich tun wollen. Als Grundvoraussetzung dafür brauche ein Kind in erster Linie Lebensmut, Optimismus und Zuversicht. Über diese Wesensmerkmale eines Kindes entscheide nach seiner Erfahrung vornehmlich die Familie. In einer entmutigten Familie könne nach seiner Überzeugung kein fröhliches Kind aufwachsen. Zur Bildung von Kindern müsse vor allem die Familie gestützt werden. Bildung könne nur gelingen, wenn in der Familie eine stabile Stimmung herrsche, in der das Kind Vorbilder für Zuversicht, Optimismus und Initiative finde. Neben den frühkindlichen Angeboten müsse man daher noch einen Schritt weiter gehen in Richtung Gemeinwesenarbeit, im Zweifelsfall hin zu familienpädagogischen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Einzelfall, die parallel laufen müssten. Ein Kind, das bei frustrierten, langfristig arbeitslosen Eltern aufwachse und das möglicherweise zudem in einem von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit geprägten Stadtteil lebe, wachse mit Vorbildern auf, die katastrophale Auswirkungen auf die Motivation von Kindern



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hätten. Es sei deshalb ein System erforderlich, in dem familiäre Strukturen gestützt würden, in dem Angebote gemacht würden, in denen die Familie und die Eltern Perspektiven entwickelten. Nur dann gelinge es dem Kind auch, selbst an Perspektiven zu glauben. Dies sei die Voraussetzung für frühkindliche Bildung.

Frau **Dr. Antje Richter-Kornweitz** (Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.) erklärte, dass man dieses Thema nur schlaglichtartig beleuchten könne. Sie habe hierzu sieben Aussagen zusammengefasst. Erstens sei Armut mehr als materielle Armut. Ein Leben in Armut bedeute nicht nur ein Mangel an Geld, sondern auch an Wissen, Kompetenzen und unterstützenden Beziehungen, also an ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital. In der Folge führe dies zu geringem Fachwissen und zu allzu kleinen bzw. allzu homogenen sozialen Netzwerken. Für die Chancen von Heranwachsenden in Deutschland sei es entscheidend, mit welchem finanziellen, sozialen und kulturellen Kapital die Familie ausgestattet sei.

Zweitens sei Kinderarmut ein Entwicklungsrisiko. In den frühen Jahren würden entscheidende Grundlagen für die kognitive und sozioemotionale Entwicklung von Kindern gelegt. Für ein Aufwachsen im Wohlergehen benötigten sie neben der Basis einer stabilen Bindung eine kognitiv, sprachlich und auch kulturell anregende Umgebung. Ein Aufwachsen in dauerhafter Armut gehöre erwiesenermaßen zu den größten Risiken für die Entwicklung von Kindern, weil die Belastungen erhöht und die Ressourcen beschränkt seien. Neben den Bildungschancen würden in der frühen Kindheit auch besonders die Gesundheitschancen geprägt, weil Gesundheit und Bildung sehr eng zusammen hingen und sich auch wechselseitig beeinflussten.

Hervorzuheben sei, dass Kinderarmut strukturell bedingt sei. Sie schlage sich zwar individuell nieder, sei aber strukturell verursacht. Wirksame Problemlösungen müssten deshalb bei der Struktur ansetzen. Hierzu sei es notwendig, dass die verschiedenen Politikbereiche über die Ressortgrenzen hinweg und auch auf allen Ebenen, d. h. auf Bundes-, Landes- und auch auf kommunaler Ebene, zusammenwirkten. Veränderungen in einzelnen Handlungsfeldern könnten keine große Lösung bewirken. Die Herstellung von Zugangsgerechtigkeit sei die Kernfrage von Prävention überhaupt. Die Institutionen hätten die Aufgabe, alle Heranwachsenden bei der Entwicklung der Ressourcen zu fördern und sie auch bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu stärken und ihnen damit zu mehr Handlungsfähigkeit zu verhelfen.

Armutsprävention bedeute, die Chance auf soziale Mobilität im Lebensverlauf zu fördern, da erwiesenermaßen allzu oft die soziale Herkunft das erreichte Bildungsniveau bestimme. Dazu gehöre auch, den Zugang zu formalen, aber auch zu nonformalen Bildungsangeboten gezielt zu fördern und dabei die bestehenden sozioökonomischen Unterschiede in der Wahrnehmung dieser Angebote gezielt abzubauen. In allen Handlungsfeldern sei eine subjektorientierte Sichtweise zu verankern, die das Kind und seine Bedürfnisse sowie sein Erleben in den Mittelpunkt stelle. Der Kindertagesbetreuung komme dabei eine wichtige Funktion zu. Sie habe viel Potential, das nicht genutzt werde. Neben der Familie seien Kindertageseinrichtungen die zentrale Lebenswelt der



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

frühen Kindheit und jenseits der Familie auch die einzige gesellschaftliche Institution, die eine echte Chance habe, die frühkindliche Entwicklung zu prägen. Sie böten die Struktur für mehr gesellschaftliche Teilhabe, speziell für Kinder und Eltern. Voraussetzung sei, die Teilnahmequoten zu erhöhen und Zugangshürden abzubauen. Zu den größten grundsätzlichen Herausforderungen für die Einrichtungen gehöre es, allen Kindern und Eltern den Zugang zu ermöglichen. Es gehe auch darum, zu allen Kindern und Eltern eine Beziehung aufzubauen, die eine echte gegenseitige Zusammenarbeit ermögliche, Angebote des umgebenden Hilfe- und Unterstützungssystems aus dem Sozialraum in die Einrichtung hinein zu holen, aber auch Familien zu begleiten, damit sie diese Angebote wahrnehmen können. Die Einrichtungen müssten für diese Aufgaben mit den entsprechenden Rahmenbedingungen und den fachlichen und personellen Kompetenzen ausgestattet sein. Das beinhalte z. B. Anforderungen an die frühpädagogischen Fachkräfte, um für eine besondere Förderung des Kindes zur Entfaltung kognitiver Fähigkeiten, körperlicher Gesundheitsressourcen und auch psychischer Widerstandsfähigkeit zu sorgen. Es gehe auch um eine vermehrte Unterstützung der Eltern in Alltagsangelegenheiten. Die Fachkräfte müssten Eltern auch in Prozesse der frühkindlichen Bildung einbeziehen und Wissen über die Entwicklungsbedürfnisse vermitteln können.

Ein wichtiger Punkt sei die örtliche Lage von Kindertagesstätten, da arme Kinder sehr ungleich auf Kindertagesstätten verteilt seien. Für diese gebe es erhöhte Bedürfnisse nach Betreuung, Entwicklungsförderung und Bildung. Diesen müssten die pädagogischen Fachkräfte nachkommen. Dies erfordere aber eine entsprechende Ausstattung mit finanziellen Ressourcen und Fachwissen.

Nach ihrer Auffassung sollte die Ausbildung inhaltlich um folgende Punkte erweitert werden: Entwicklung von Kompetenzen zur Zusammenarbeit mit diversen Familien, die Befähigung zur Förderung von Basiskompetenzen und Selbstwirksamkeitserwartung bei Kindern sowie die Fähigkeiten zur Selbstregulation oder auch zum Perspektivwechsel. Dazu gehöre selbstverständlich auch Partizipation und „Empowerment“. Es gehe darum, wie man Kinder und auch Eltern befähige, selbst für die eigenen Rechte einzutreten. Sie wünsche sich Kinder, die ihre Zukunft selbst gestalten könnten. Außerdem seien Maßnahmen zur Verbesserung sowohl der Außen- als auch der Selbstwahrnehmung des Berufsbildes zu ergreifen.

Nachhaltigkeit entstehe durch den Aufbau von Präventionsketten. Maßnahmen im Handlungsfeld Kindertageseinrichtungen reichten allein nicht aus, um die Ungleichheit von Gesundheits- und Bildungschancen abzubauen. Hierzu gehöre ein koordiniertes Zusammengehen der verschiedenen Akteure auf kommunaler Ebene über Ressortgrenzen hinweg. Es gehe auch um formale und nonformale Bildungsangebote, die über bedarfsgerechte Unterstützungsangebote von der Schwangerschaft bis zum Ausbildungsbeginn reichen sollten. Es gehe nicht um den Aufbau neuer Netzwerke, sondern darum, das in den Kommunen häufig schon Bestehende zusammenzuführen, die Zusammenarbeit zu ermöglichen und zu unterstützen. Hier gebe es sehr gute Beispiele. Kinder und Eltern benötigten Brücken vor allem an den entsprechenden Schnittstellen der unterschiedlichen Handlungs- und Praxisfelder, wie Krippe/Kita oder Kita/Schule.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bräuchten Menschen, die sie bei diesen Übergängen begleiteten und auch die Eltern unterstützten. Mit dieser Fokussierung seien besondere Chancen speziell für Kinder und Familien in Armut verbunden. Frühe Förderung lohne sich, da hiermit auch positive finanzielle Auswirkungen für die Gesellschaft verbunden seien.

Herr **Prof. Dr. Hans Bertram** (Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Lehrstuhl für Mikrosoziologie) stellte einleitend klar, dass das vorgegebene Thema zwei Komplexe verbinde; Armutsprävention und Bildung seien aus seiner Sicht zwei eigenständige Themen. Wenn man sich mit Armutsprävention beschäftige, müsse man möglicherweise zunächst noch nicht über Bildung sprechen. Dies erläuterte er anhand einer Grafik: Die erste Grafik verdeutliche, dass in keinem europäischen Land das Armutsrisiko von Kindern unter 35 Prozent liege. In allen europäischen Ländern, unabhängig von den jeweiligen sozialpolitischen Positionen, müsse der Staat intervenieren, um das Armutsrisiko von Kindern zu reduzieren. Schweden komme von 35 Prozent auf 9 Prozent, Deutschland schaffe es von 31 Prozent auf 15 Prozent, Finnland komme von 32 Prozent auf 11 Prozent. Es werde damit deutlich, dass in all diesen Ländern massive staatliche Transferleistungen erbracht würden, um Armutsprävention zu leisten. Dies müsse man sich vor Augen führen, wenn man über den Zusammenhang von Bildung und Armut spreche. Sie gehörten zwar zusammen, es gebe aber offensichtlich auch unabhängig voneinander bestimmte Effekte.

Die zweite Grafik zeige die Entwicklung bei Alleinerziehenden, die als wesentliche Ursache für Armut angenommen werde. Seit 1957 sei die Zahl der Alleinerziehenden von 2 Millionen auf heute 2,5 Millionen gestiegen. Die Entwicklung dieser Lebensform sei nicht so groß wie der Anstieg in der relativen Armut verdeutliche. Die wesentliche Ursache hierfür ergebe sich vielmehr aus der dritten Grafik. Traditionell sei in den Industriegesellschaften der Einkommensgipfel zwischen dem 23. und 35. Lebensjahr gewesen, wenn der junge Facharbeiter durch Erfahrung und Qualifikation entsprechende Einkommen habe kumulieren können. Heute – und das gelte durchgängig in allen Ländern – stünden junge Leute zunächst in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit einem geringen Einkommen. Daher müsse man davon ausgehen, dass in Deutschland eine Familie, in der die Mutter jünger als 35 Jahre sei, ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen habe als Rentnerhaushalte von über 65-Jährigen. Diese Entwicklung habe sich in den letzten 20 Jahren vollzogen. Es sei nicht mehr gegeben, dass junge Familien in den vielfältigen Lebensformen tatsächlich in der Lage seien, immer genügend ökonomische Ressourcen für ihre Kinder zur Verfügung zu stellen. Man müsse also darüber reden, wie man das Existenzminimum von Kindern unabhängig von der Lebensform der Eltern sichern könne. Heutzutage hätten die Familien andere Karrieremuster, und daher könne man nicht hoffen, allein mit Arbeit die ökonomischen Unterschiede in dieser Lebenszeit ausgleichen zu können. In diesem Bereich seien Interventionen notwendig, die so organisiert werden müssten, dass sie im Wesentlichen bei den Kindern ankämen. Anders sei eine dauerhafte Armutsprävention jedenfalls in dieser Gesellschaft nicht mehr möglich. Denn es sei nicht mehr gewährleistet, dass eine junge Familie im Normalfall über genügend Einkommen verfüge, um Kinder groß ziehen zu



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

können. Daher sei seine erste These, dass die Armutsprävention möglicherweise auch unabhängig von der Bildung zu diskutieren sei.

Offensichtlich sei aber, dass Investitionen in die frühkindliche Bildung und die dann darauf aufbauenden Lebensläufe dem Staat erhebliche Mittel bei den Sozialleistungen ersparen könnten. Bei diesem Ausgangspunkt sei nach dem strategischen Aufgreifen zu fragen. Da gebe es zunächst den Kompensationsansatz, der davon ausgehe, Kinder möglichst lange in Einrichtungen unterzubringen, in der Hoffnung, damit die Defizite im Elternhaus ausgleichen zu können. Inzwischen wisse man aber – in der Wissenschaft gebe es hier keinen Dissens mehr –, dass es ohne die Eltern nicht gehe, weil offensichtlich Kinder nicht gebildet würden, sondern sich selbst in der Kommunikation mit den Eltern bildeten.

Hierfür spreche auch ein Experiment seiner amerikanischen Kollegin Brooks-Gunn, die Kinder aus einem benachteiligten Quartier zehn Jahre lang beobachtet habe. Sie habe am Anfang Eltern aus diesen benachteiligten Familien motivieren können, ihren Kindern vorzulesen. Nach zehn Jahren sei die Leistung dieser Kinder in der High School von denen der Kinder aus privilegierten Elternhäusern nicht mehr zu unterscheiden gewesen, weil ihre relativ einfache Intervention offensichtlich in den Kindern etwas ausgelöst habe. Sie habe dann einen großen Längsschnitt mit ähnlichen Interventions-techniken durchgeführt. Als Zusammenfassung der Ergebnisse könne man feststellen, dass die Motivierung der Eltern, in ihre Kinder auf bestimmte Weise zu investieren, relativ viel bewirke.

Das zweite Beispiel seien die sogenannten Early-Excellence-Center, in denen – vereinfacht gesagt – die Eltern motiviert würden, zuzuschauen, wie ihre Kinder mit den ErzieherInnen umgingen und dadurch etwas über ihre Kinder lernten. Sie lernten ein Tagebuch zu schreiben und dass ihre Kinder „ein Lebensprojekt“ seien. Mit zum Teil einfachen Maßnahmen könne man offensichtlich einiges in Gang setzen. Bei diesem stark sozialökologischen Ansatz stelle sich sofort die Frage nach der Finanzierung. Man könne gar nicht so viele ErzieherInnen ausbilden. Darauf gebe es nicht eine einzige Antwort, sondern verschiedene Antworten.

Zusammenfassend habe er zu dem Thema drei Thesen. Erstens müsse man Armutsprävention teilweise von der Bildung trennen, weil Armutsprävention aufgrund des strukturellen Mangels auch nicht durch vermehrte Investitionen in Bildung erfolgen könne. Zweitens gewinne der Staat durch Investitionen in Kinder an Humankapital. Der dritte wichtige Punkt sei die Erkenntnis, dass man allein durch hochqualifizierte ErzieherInnen und LehrerInnen die Probleme nicht lösen könne. Diese Vorstellung sei aus seiner Sicht einer der Grundirrtümer in der öffentlichen Debatte. Man müsse vielmehr die Netzwerke um die Eltern herum so beeinflussen, dass gemeinsam mit den entsprechenden Einrichtungen Eltern und Kinder so gefördert würden, dass beide das Gefühl hätten, es lohne sich, in die eigene Zukunft zu investieren.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2.3. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Bedarf nach und Angebot der Kindertagesbetreuung“

Im Hinblick auf den 1. August 2013, ab dem der Rechtsanspruch auf einen Kleinkindbetreuungsplatz in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege für ein- und zweijährige Kinder besteht, hat sich die Kinderkommission am 12. Juni 2013 in einem öffentlichen Expertengespräch über den Bedarf und das Angebot der Kindertagesbetreuung informiert.

Hierzu hat die Kinderkommission folgende Expertinnen und Experten eingeladen:

- **Verena Göppert**, Deutscher Städtetag
- **Dr. Matthias Schilling**, Dortmunder Arbeitsstelle, Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund
- **Hedi Wegener, Dr. Eveline Gerszonowicz**, Bundesverband Kindertagespflege e. V.

Der Inhalt dieses öffentlichen Expertengesprächs kann dem Wortprotokoll entnommen werden, das unter

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/Oeffentliche_Veranstaltungen/Oeff_Expertengespr_Bedarf_u_Angbot_Kindertagesbetreuung/Wortprotokoll.pdf abgerufen werden kann.

2.4. Stellungnahme zum Themenkomplex „Chancengleichheit durch frühkindliche Bildung und Förderung“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)
Die Vorsitzende

Kommissionsdrucksache

17. Wahlperiode

17/27

Berlin, 2. Juli 2013

Beate Walter-Rosenheimer, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10117 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Chancengleichheit durch frühkindliche Bildung und Förderung“

Am 1. August 2013 tritt der Rechtsanspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in Kraft. Das ist ein wichtiger Schritt, denn so soll künftig die schon lange bestehende gesetzliche Verpflichtung zur Vorhaltung eines bedarfsgerechten Angebots erfüllt werden.

Ein gut ausgebautes und qualitativ hochwertiges frühkindliches Bildungsangebot ist von entscheidender Bedeutung, um mehr Chancengerechtigkeit für Kinder zu schaffen und Eltern eine (Vollzeit-) Berufstätigkeit zu ermöglichen. Es sichert Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe für alle Kinder und bietet insbesondere benachteiligten Kindern enorme Chancen. Auch wenn Bildungseinrichtungen nicht das einzige Mittel sind, um Armut vorzubeugen, sondern vor allem auch bei den Eltern angesetzt werden muss, leisten sie dennoch einen sehr wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung (2008) weist beispielsweise nach, dass sich durch den Besuch einer Kinderkrippe die Wahrscheinlichkeit, das Gymnasium zu besuchen, um insgesamt fast 40 Prozent erhöht. Bislang hängen Bildungschancen in Deutschland noch stark von der sozialen Herkunft oder finanziellen Lage der Eltern ab. Gute Infrastruktur in Form qualitativ hochwertiger Bildungseinrichtungen kann Kindern, unabhängig von ihrer Herkunft, die Chance auf ein gutes Leben bieten.

Um den Rechtsanspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege zu erfüllen, haben sich Bund, Länder und Kommunen auf einen Ausbau der Kindertagesbetreuung für 39 Prozent der unter dreijährigen Kinder bzw. 780.000 Betreuungsplätze geeinigt. Dieses Ziel zu erreichen, ist vielerorts eine Herausforderung. Zum 1. März 2012 hatten 558.000 Kinder



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seite 2



unter drei Jahren ein Angebot in der Kindertagesbetreuung oder Kindertagespflege. Die Betreuungsquote lag damit bei 27,6 Prozent. Es fehlten also rund 220.000 Angebote. Dabei gibt es eine große Varianz zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Ausbau weiter vorangeschritten. Der Deutsche Landkreistag geht davon aus, dass die Landkreise das Ziel von 39 Prozent Betreuungsquote erreichen werden. Vor allem in westdeutschen Großstädten ist dagegen ein differenziertes Bild zu erwarten. Aber auch innerhalb einzelner Städte kann die Nachfrage ganz unterschiedlich hoch sein. Der 1. August kann daher nicht nur das Ziel darstellen, sondern muss vielmehr als erster Meilenstein angesehen werden. Der Bedarf an Betreuungsplätzen liegt in vielen Orten, insbesondere in Großstädten und Ballungsgebieten sehr viel höher als 39 Prozent. Einen wichtigen Beitrag zum Ausbau kann die Kindertagespflege leisten, deren Qualität durch eine höhere Qualifikation der Tagespflegekräfte erhöht werden sollte. Das Image der Tagespflege hat sich in den vergangenen Jahren schon deutlich verbessert, es ist aber weiterhin eine Aufwertung in der öffentlichen Wahrnehmung notwendig.

Bei der enormen Dynamik, die zur Realisierung des Rechtsanspruchs notwendig ist, ist es wichtig, immer auch die Qualität mit im Blick zu haben. Die Angebote müssen immer auch den Bedürfnissen der Kinder gerecht werden.

Wenn die Kindertagesbetreuung ihrem gesetzlichen Förderauftrag – gute Bildung, Erziehung und Betreuung – und den gesellschaftlichen Erwartungen weiterhin gerecht werden soll, muss Kindern, Eltern und pädagogischem Personal eine hohe Strukturqualität in den Einrichtungen zur Verfügung stehen. Diese muss unabhängig von der gewählten Betreuungsform – ob altersgemischte Gruppe, Krippe, Tagespflege oder klassischer Kindergarten – gewährleistet sein. Entscheidend für die Qualität sind die drei Eckpunkte: Fachkraft-Kind-Relation, Professionalisierung der Fachkräfte und Ausstattung der Einrichtung bzw. Gruppengröße. Hier sind insbesondere die Bundesländer gefordert. Während Daten über den Kita-Ausbau bundes- und landesweit statistisch ausgewertet werden, gibt es in Deutschland bislang kaum Informationen über die tatsächliche Qualität in den Einrichtungen. Vereinzelt Studien (bspw. NUBBEK 2012) kommen jedoch zu dem Schluss, dass die Qualität bislang nur mittelmäßig ist und sich das durchschnittliche Qualitätsniveau in den letzten 20 Jahren kaum verändert hat.

Neben der Betrachtung von Quantität und Qualität ist es auch wichtig, über eine Funktionserweiterung von Kindertageseinrichtungen nachzudenken. Denn Institutionen der frühkindlichen



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seite 3



Bildung können immer nur einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit leisten. Um dieses Ziel wirklich zu erreichen, müssen auch die Eltern mit einbezogen werden, denn die Familie als System ist entscheidend (und die Effekte von Familienarbeit sind deutlich größer). In diesem Sinne ist die Funktionserweiterung von Kindertageseinrichtungen beispielsweise hin zu Eltern-Kind-Zentren eine begrüßenswerte Entwicklung.

In drei Expertengesprächen im Rahmen der Kinderkommission wurden diverse Aspekte der Chancengleichheit durch frühkindliche Bildung von Sachverständigen dargelegt und diskutiert. Daraus zieht die Kinderkommission folgende Schlüsse und Empfehlungen:

- Es ist in den kommenden Jahren ein weiterer Anstieg des Betreuungsbedarfs zu erwarten. Daher muss vor allem in größeren Kommunen und Ballungsgebieten in den U3-Ausbau investiert werden.
- Ganztagsangebote müssen ausgebaut werden, um die Übergänge von Angeboten für Kinder unter drei Jahren zu Angeboten für Kinder über drei Jahren und zum Übergang in die Schule gewährleisten zu können. Mit der Ausbau-Initiative für Unterdreijährige muss eine Qualitäts-Initiative in der frühkindlichen Betreuung und Bildung einhergehen. Entscheidend für eine hohe Qualität sind die Fachkraft-Kind-Relation, die Professionalisierung der Fachkräfte und die Ausstattung der Einrichtung bzw. die Gruppengröße.
- Zur Sicherung der Qualität in der Kindertagesbetreuung sollte beispielsweise ein Qualitätsmonitoring o. ä. eingeführt werden.
- Eine Funktionserweiterung der Kindertageseinrichtungen hin zu Eltern-Kind-Zentren sollte gefördert werden.
- Eine Aufwertung des Images und eine Steigerung der Qualität der Kindertagespflege kann durch eine Qualifizierung der Tagespflegepersonen nach den Standards des Deutschen Jugendinstituts erreicht werden. Spezifika der Kindertagespflege sollten außerdem in die Bildungspläne der Länder aufgenommen werden.
- Kooperationen zwischen öffentlichen und freien Kita-Trägern und der Kindertagespflege sollten ausgebaut werden („Andockmodell“), auch um die Verlässlichkeit der Betreuung, bspw. im Fall von Krankheiten der Betreuungspersonen zu stärken.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seite 4



- Zur Unterstützung der Träger frühkindlicher Bildungseinrichtungen bei der Fachkräftegewinnung sollte sich der Bund für Berufsrückkehrer und Berufsrückkehrerinnen engagieren und ein Programm auflegen, das Teilzeitbeschäftigte zur Ausweitung ihrer Wochenarbeitszeit motiviert.
- Gemeinsam mit den Ländern braucht es ebenfalls eine Ausbildungsoffensive für Erzieherinnen und Erzieher sowie weiteres pädagogisches Personal. In diesem Zusammenhang muss auch über die Entlohnung dieser Berufsgruppen gesprochen werden.

Beate Walter-Rosenheimer, MdB



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

III. Behandlung weiterer Themen

1. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinderrechte ins Grundgesetz“

Am 20. Februar 2013 führte die Kinderkommission ein öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinderrechte ins Grundgesetz“. Seit Langem befasst sich die Kinderkommission mit diesem kontrovers diskutierten Thema. Mit dem öffentlichen Expertengespräch wollte sie auch der interessierten Öffentlichkeit Gelegenheit geben, sich von ausgewiesenen Fachleuten über das Für und Wider einer Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz informieren zu lassen.

Auf eine Stellungnahme zu diesem Thema konnte sich die Kinderkommission aufgrund fehlenden Konsenses nicht einigen.

Unter

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/42898303_kw08_pa_kiko/index.html ist der folgende Artikel erschienen:

"Kinder sind keine kleinen Erwachsenen"



Das Thema "Kinderrechte ins Grundgesetz" beschäftigte die Kiko. © pa/Bildagentur online

Kinderrechte ins Grundgesetz: Ein viel diskutiertes Thema, das auch bei der **Kinderkommission (Kiko)** am **Mittwoch, 20. Februar 2013**, auf der Tagesordnung stand. Bei einem öffentlichen Expertengespräch unter Vorsitz von **Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen)** wogen fünf Sachverständige das Für und Wider einer Verfassungsänderung ab. Diskutiert wurde auch, in welchem Artikel des Grundgesetzes die Kinderrechte aufgenommen werden könnten.

1. "Eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit"

"Was hält uns davon ab, Kindern das zu geben, was ihnen zusteht?", fragte **Dr. Reinald Eichholz, National Coalition für die Umsetzung der UN-Konventionen**, in der Sitzung der Kiko. Für ihn stelle die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ein politisches Signal dar. Kinder in der Verfassung speziell zu betonen, habe einen ganz eigenen Wert, meinte der Experte und ergänzte: "Für mich ist es allmählich auch eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit."



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem stimmte **Prof. Dr. Jörg Maywald** vom **Aktionsbündnis Kinderrechte** zu. Kinder seien nämlich eben nicht kleine Erwachsene, sondern sie hätten spezielle Bedürfnisse, so der Sachverständige. "Dies bedarf der rechtlichen Verankerung." Artikel 2 des Grundgesetzes, welcher jedem das Recht zur freien Entfaltung der Persönlichkeit zuschreibt, sei für ihn der passende Artikel, um speziell die Kinderrechte zu verankern.

2. Rolle von Kindern und Jugendlichen stärken

Auch **Prof. Dr. Manfred Liebel** von der **Freien Universität Berlin** findet Artikel 2 geeignet. Er hält es für unabdingbar, die soziale und rechtliche Rolle von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Dabei müsse jedoch allumfassend gedacht werden und Rechte auf Selbstbestimmung, Förderung, Mitwirkung und Teilhabe ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Eine genaue Festlegung auf bestimmte Rechte, die für die Phasen der Kindheit und Jugend spezifisch sind, hält auch **Prof. Dr. Reinhard Wiesner** von der **Freien Universität Berlin** für sinnvoll. Dabei geht es in seinen Augen vor allem um die Schutz-, Förderungs- und Beteiligungsrechte. "Eine Ausgestaltung der bereits normierten Grundrechte als spezifische Kinderrechte wäre eine bloße Wiederholung und ließe den verhängnisvollen Umkehrschluss zu, Kinder seien im bisherigen Katalog nicht erfasst (gewesen)", schrieb der Sachverständige in seiner Stellungnahme.

3. "Ein Hinschreiben ins Gesetzblatt alleine reicht nie"

Davor warnte auch **Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig** von der **Universität Kiel**. "Dies würde die Sache einigermaßen bagatellisieren und kontraproduktiv wirken", so der frühere Bundesjustizminister und ergänzte: "Alle Grundrechte, Menschenrechte ebenso, gelten prinzipiell auch für Kinder."

Dennoch sieht auch er das politische Signal, wenn sich Kinderrechte in irgendeiner Form im Grundgesetz wiederfinden. Deshalb schlug er eine Staatszielbestimmung im Artikel 6 vor. Diese könnte in seinen Augen wie folgt lauten: "Generell untersteht das Wohl des Kindes der besonderen Fürsorge des Staates."

Einem bloßes Verankern von Kinderrechten in der Verfassung stand er kritisch gegenüber: "Ein Hinschreiben ins Gesetzblatt alleine reicht nie. Täglicher Einsatz an der Vollzugsfront ist gefragt." Denn wichtig sei, was wirklich stattfindet. Dazu müssten Kinderrechte stärker im konkreten Recht vor Ort verankert sein. Mit einer polemischen Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz tue man sich keinen Gefallen. (Idi/21.02.2013)

4. Liste der Sachverständigen

- **Dr. Reinald Eichholz**, National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland
- **Prof. Dr. Manfred Liebel**, Mitbegründer des Masterstudienganges "European Master in Childhood Studies and Children's Rights" der Freien Universität Berlin)
- **Prof. Dr. Jörg Maywald**, Aktionsbündnis Kinderrechte
- **Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig**, emeritierter Ordinarius für öffentliches Recht, ehemaliger Bundesjustizminister



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- **Prof. Dr. Dr. Reinhard Wiesner**, ehemaliger Leiter des Referats Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Das Wortprotokoll des öffentlichen Expertengesprächs kann unter dem folgenden Link aufgerufen werden:

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/Oeffentliche_Veranstaltungen/Oeffentl_Expertengespr_Kinderrechte_ins_GG/Wortprotokoll.pdf

2. Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Homophobie an Schulen aus Sicht von homosexuellen Jugendlichen“

Homosexualität, Bisexualität, Trans- und Intersexualität sind in der Gesellschaft nur scheinbar akzeptiert. Die Kinderkommission wollte sich ein Bild davon machen, wie die Wirklichkeit aussieht.

Auf der Internetseite unter

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/45239601_kw24_pa_kiko/index.html erschien hierzu der folgende Artikel:

Diskriminierung Homosexueller auf dem Schulhof



Die Kinderkommission informierte sich über den Umgang mit Homosexuellen an Schulen. © dpa

"Irgendwann habe ich gemerkt, dass ich anders bin", sagt **Christian Naumann** am **Mittwoch, 12. Juni 2013**, in der öffentlichen Sitzung der **Kinderkommission (Kiko)** des Deutschen Bundestages. Christian Naumann ist schwul – wie rund zehn Prozent in Deutschland homosexuell sind. Die Kiko diskutierte mit Christian Naumann und anderen Sachverständigen über "**Homophobie an Schulen**".

Denn auch in unserer heutigen, vermeintlich aufgeklärten Gesellschaft seien Schwule und Lesben häufig Diskriminierungen ausgesetzt. "Vor allem für Jugendliche auf dem Land ist es schwierig, ein Coming-Out zu haben", sagt die **Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen)**, in ihren einleitenden Worten. Denn noch immer werde das Anderssein nicht akzeptiert.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

"Um gar keinen Preis auffallen"

"Ich ging jeden Morgen mit Angst in die Schule", schildert Christian Naumann. Heute lebt er ganz offen mit seiner Homosexualität, engagiert sich für ein schwules Netzwerk in Nordrhein-Westfalen. Doch zu Schulzeiten war dies anders. "Ich wollte nicht auffallen, um gar keinen Preis. Ich hatte Angst drangsaliert zu werden", berichtet der 21-Jährige den Mitgliedern der Kinderkommission. Dann sagt er diesen Satz: "Selbstmord war ein Thema." Vor allen Dingen in der Schule, so Christian Naumann, fand er keinen Halt, im Unterricht wurde nicht aufgeklärt, Ansprechpersonen fehlten. Er fürchtete sich, keine Freunde zu haben, allein zu sein.

Irgendwann, später kam sein Coming Out, doch die Reaktionen seien unterschiedlich gewesen. "Oft wurde ich nur auf meine exotische Sexualität reduziert", beklagt er und fordert: "Wir brauchen den Dialog in diesem Thema. Damit Klischees hinterfragt werden."

Forderung nach mehr Dialog

Dies sieht auch **Conny Kempe-Schälicke** von der **Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft**, so. "Je mehr Schüler über Homosexualität wissen, desto positiver ist die Einstellung dazu und desto sozialer das Verhalten." Deshalb müssen in ihren Augen an den Schulen konkrete Ansprechpartner benannt, die Sexualerziehung verbessert, die Sichtbarkeit erhöht und Partizipation ermöglicht werden.

Im Umgang mit Homosexualität müssten auch die Schulbücher auf den Prüfstand kommen, sagt **Melanie Bittner**. Die Wissenschaftlerin hat die Unterrichtsmaterialien auf ihr Weltbild untersucht und fand kaum sexuelle Vielfalt. "Die Schulbücher sind heteronormativ." Nur in Ausnahmen werde Homosexualität überhaupt erklärt.

Die Schere im Kopf

Für **Marlene Rupprecht (SPD)** ist Integration ein wichtiger Bestandteil. Dennoch dürfe man nicht bei jedem Wort, darüber nachdenken, ob es konform wäre. "Dann hat man nämlich längst die Schere im Kopf", so die Abgeordnete.

"Ich hatte Glück, nicht als schwul erkannt zu werden", so Cristian Naumann über die ersten Jahre seiner Schulzeit. Denn das Recht auf Selbstbestimmung der Sexualität werde in der Schule noch nicht gelebt. "Homophobie ist und bleibt ein Problem auf den Schulhöfen", sagt er. Beate Walter-Rosenheimer wünscht sich deshalb zum Abschluss der öffentlichen Anhörung der Kinderkommission mehr Mut, sich gegen Diskriminierungen zur Wehr zu setzen. (ldi/12.06.2013)

Liste der geladenen Sachverständigen

- **Melanie Bittner**, Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
- **Conny Kempe-Schälicke**, Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
- **Christian Naumann**, SchLAu NRW, Schwules Netzwerk Nordrhein-Westfalen e. V.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Wortprotokoll des öffentlichen Expertengesprächs kann unter folgendem Link aufgerufen werden:

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/Oeffentliche_Veranstaltungen/Oeff_Expertengespr_Homophobie/Wortprotokoll.pdf

IV. Veranstaltungen unter Beteiligung der Kinderkommission

1. Aktion Rote Hand am 31. Januar 2013

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages organisierte wie im Vorjahr im Paul-Löbe-Haus eine Rote-Hand-Aktion gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten. Am 31. Januar 2013 rief die Kinderkommission wieder Abgeordnete, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Angehörigen der Verwaltung des Deutschen Bundestages dazu auf, sich an ihrer Aktion zu beteiligen.

Auf der Homepage des Deutschen Bundestages wurde im Nachgang über die Aktion mit folgendem Artikel berichtet:

Im Kampf gegen Kindersoldaten



Mehr als 220 Handabdrücke wurden gesammelt. (© DBT/Neuhauser)

Weltweit kämpfen rund 250.000 Kinder als Soldaten. Bis zu 200 ehemalige Kindersoldaten leben aktuell auch in Deutschland. Sie kommen aus Krisengebieten wie Afghanistan, Irak oder Syrien. 2011 stellten 2.126 minderjährige Flüchtlinge einen Asylantrag. Zahlen, die das Deutsche Bündnis Kindersoldaten am **Donnerstag, 31. Januar 2013**, anlässlich des **Red Hand Day** – ein Tag gegen den **Einsatz von Kindersoldaten** - im Bundestag vorstellt und die aufrütteln sollen.

Wehrbeauftragter bekennt Farbe

"Kinder sollen in Frieden aufwachsen", schreibt der **Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages** mit schwarzem, wasserfestem Stift auf seinen weißen Zettel. In der Mitte sein roter Handabdruck, darunter seine Unterschrift. **Hellmut Königshaus** möchte Farbe bekennen beim Red Hand



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Day 2013. Genauso wie Hunderte andere – Abgeordnete und Mitarbeiter des Deutschen Bundestages.

Der Aktionstag in der Paul-Löbe-Halle solle ein Zeichen setzen – ein Zeichen aus Berlin gegen den Einsatz von Kindersoldaten auf der Welt, sagt **Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90 /Die Grünen), Vorsitzende der Kinderkommission**, die den Red Hand Day organisierte. Walter-Rosenheimer ergänzt: "Kinder und Jugendliche verdienen unseren besonderen Schutz." Mehr als 220 rote Handabdrücke hat die Kommission gesammelt, ein Grund für die Vorsitzende stolz zu sein: "Ich freue mich, dass so viele Leute gekommen sind, das zeigt, dass sie für das Thema sensibilisiert sind."

Keine Kindersoldaten – jetzt"

Franka hat aufgrund des großen Ansturms alle Hände voll zu tun. Die 17-Jährige bestückt die gespannten Wäscheleinen quer durch die Paul-Löbe-Halle mit den roten Handabdrücken. Einer nach dem anderen, jeder ganz individuell und doch fordern sie alle das gleiche. "Keine Kindersoldaten – jetzt", schreibt **Bundestagsvizepräsident Dr. Wolfgang Thierse** über seine Hand – kurz und knapp und doch so prägnant. Plötzlich kommt bei Franka auf der Leiter Hektik auf. Die Klammern sind ausgegangen – weit vor dem geplanten Ende der Veranstaltung. Doch Nachschub ist unterwegs.

Zu diesem Zeitpunkt ist der Handabdruck von Hellmut Königshaus aus Platzmangel längst wieder abgenommen worden. Doch seine Botschaft bleibt und wird wie die anderen Handabdrücke an die **UN-Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, Leila Zerrougui**, gesandt. "Kinder sollen selbstverständlich schon gar nicht Instrumente des Krieges werden", sagt der Wehrbeauftragte.

Kritik an der Bundeswehr

Deshalb sei die Forderung, so Königshaus, dass die UN-Konventionen umgesetzt werden – überall. Bei der Pressekonferenz der Kinderkommission im Vorfeld des Welttages gegen den Einsatz von Kindersoldaten sprach Ralf Willinger vom Verein Terre des hommes von Missständen auch Deutschland. Denn auch hierzulande rekrutiere die Bundeswehr Minderjährige. "Jedes Jahr werden etwa tausend 17-jährige Freiwillige in die Bundeswehr aufgenommen und an der Waffe ausgebildet."

Kevin, Celine und **Hendrik** aus Rathenow sammeln derweil Sonnenblumengrüße an ihre Altersgenossen in den Kriegsgebieten. Denn auch Kevin und seine Freunde wollen etwas tun, mit warmen Worten auf den Postkarten helfen. "Ihr seid nicht allein", steht da – geschrieben von einem 15-jährigen Jungen. (Idi/31.01.2013)



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. Eröffnung der Ausstellung „Wie Kinder die Welt sehen“ am 24. April 2013

Als Auftakt zu den Feierlichkeiten anlässlich ihres 25-jährigen Bestehens lud die Kinderkommission am 24. April 2013 zur Eröffnung der Ausstellung „Wie Kinder die Welt sehen“ ins Foyer des Paul-Löbe-Hauses ein. Bis Mitte Mai wurde ein Küchenmodell mit überdimensionierten Möbeln ausgestellt, das Erwachsenen einen Blick aus der Sicht eines Kindes vermitteln sollte. Die Kinderkommission wollte so einerseits auf die Alltagsgefahren, denen (Klein-)kinder ausgesetzt sind, aufmerksam machen. Andererseits sollte symbolisch die Arbeitsweise der Kinderkommission dargestellt werden, die bei ihrer Arbeit immer wieder auch versucht, die verschiedenen Problemstellungen aus dem Blickwinkel eines Kindes zu betrachten.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Anlässlich der Ausstellungseröffnung erschien auf der Internetseite des Deutschen Bundestages folgender Artikel:

Happy Birthday Kiko: **Die Kinderkommission (Kiko)** des Deutschen Bundestages hat zum Auftakt der Feierlichkeiten zum 25. Jubiläum am **Mittwoch, 24. April 2013**, die Abgeordneten auf eine ganz besondere Erfahrungsreise geschickt. Denn die Erwachsenen sollten bei der **Ausstellungseröffnung "Wie Kinder die Welt sehen"** die Perspektive der Kleinen einnehmen. Auf überdimensionalen Möbeln erlebten sie die Welt mit Kinderaugen.

"Die Sicht der Kinder ins Parlament bringen"

Maurice turnt in der Küche herum – wie so oft. Klettern ist seine Leidenschaft. Seinem Freund **Danny** fliegt plötzlich die Pfanne auf den Boden. Doch zum Glück ist nichts passiert, denn der Herd war aus, das Spiegelei darin nur aus Plaste. Doch das Experiment mit den riesengroßen Mö-



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

beln verändert den Blickwinkel, es offenbart auch den Erwachsenen die vielen Gefahren, denen Kindern täglich ausgesetzt sind.

"Wenn man die Interessen der Kinder vertreten will, muss man ungewohnte Wege gehen und die Perspektive der Kinder einnehmen", sagte **Diana Golze (Die Linke)**, frühere Vorsitzende der Kiko, die die Ausstellung eröffnete. **Bundestagsvizepräsident Dr. Wolfgang Thierse (SPD)** ergänzte: "Der Bundestag besteht nur aus Erwachsenen, da ist es wichtig, dass es Abgeordnete gibt, die besonders bemüht Kindern zuhören und die Sicht der Kinder ins Parlament bringen", sagte Thierse angesichts des Jubiläums der Kinderkommission.

Überdimensionale Möbel

Die Kiko wurde vor 25 Jahren als Unterausschuss des Familienausschusses gegründet und behandelt verschiedene Themen aus dem Alltag von Kindern. Die Ausstellung, die noch bis zum 14. Mai in der Paul-Löbe-Halle des Bundestages in Berlin zu sehen ist, bringt ein Stück Kindheit in das Parlamentsviertel.

Dafür sorgen am Eröffnungstag auch die Knirpse des Vereins der Arche und die Radioreporter von Radijojo, die den Abgeordneten das Mikro unter die Nase hielten und frech drauf los fragten. "Ich finde es gut, dass die großen Leute nun auch mal wissen, wie wir uns fühlen – nämlich manchmal ganz schön eingengt", sagte die elfjährige **Angie**, während sie ganz oben auf dem riesigen Stuhl saß.

Wünsche an die Kiko

Später schrieb sie wie auch die anderen Kinder und Abgeordneten ihren Geburtstagswunsch an die Kiko auf und heftete ihn an die Litfaßsäule. Bundestagsvizepräsident Thierse wünschte sich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Denn noch immer sei unsere Wirtschaftswelt eine kinderunfreundliche.

Maurice wünscht sich Strom für alle von der Kanzlerin. "Angela Merkel verschenkt den nämlich. Warum kann Sie den da nicht auch mal anderen abgeben?" Freund Danny ergänzt: "Und ich wünsche mir, dass niemand mehr Amok läuft."

Die Gefahren im Blick

Bedrückende Worte, die nicht nur den Abgeordneten zeigen, was Kinder bewegt. Doch auch die Ausstellung sensibilisiert die Großen auf die Welt der Kleinen mit besonderer Sichtweise zu blicken. Schließlich zeigt die nachgebaute Küche Dutzende Gefahrenquellen. Neugierig entdecken die Kinder die Welt und stolpern dabei über viele Gefahren. "Ich wollte als erstes den Ofen aufmachen", meinte auch **Sibylle Laurischk, Vorsitzende des Familienausschusses**. Der Kuchen darin sei einfach zu verlockend gewesen. Doch in der nachgebauten Ausstellungsküche war der Ofen glücklicherweise verschlossen. Das ist der Unterschied zum wahren Leben.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ausstellung kann nach voriger Anmeldung bis einschließlich Dienstag 14. Mai 2013, besichtigt werden (Anmeldungen unter Telefon: 030/227-38883, E-Mail: info-ausstellungen-plh@bundestag.de), und zwar montags zwischen 9 und 15 Uhr, dienstags bis donnerstags zwischen 9 und 16 Uhr und freitags zwischen 9 und 13 Uhr. (Idi/24.04.2013)

3. Fest zum 25-jährigen Jubiläum der Kinderkommission am 7. Juni 2013

Aufgrund eines Ältestenratsbeschlusses wurde im April 1988 die Kommission zur Wahrnehmung der Belange und Interessen von Kindern und Jugendlichen (Kinderkommission) eingerichtet. Seit nunmehr 25 Jahren setzt sich die Kinderkommission als erstes Gremium ihrer Art für eine bessere Wahrnehmung der Kinderrechte in Parlament und Öffentlichkeit ein.

Die Mitglieder der Kinderkommission hatten beschlossen, das 25-jährige Jubiläum mit einem Kinderfest zu begehen. Sie wollten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich spielerisch mit den Kinderrechten auseinanderzusetzen und die Kinderkommission und ihre Aufgaben auf unkonventionellem Wege kennenzulernen. In Kooperation mit dem Deutschen Kinderhilfswerk und dem Technischen Hilfswerk organisierte das Referat Veranstaltungsmanagement, Sonderveranstaltungen am 7. Juni 2013 im Spreebogenpark ein Kinderfest mit mehr als 400 Kindern und Jugendlichen.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Internetauftritt des Deutschen Bundestages wurde wie folgt über das Fest berichtet:

"Happy Birthday, Kiko!" – das riefen am **Freitag, 7. Juni 2013**, ganz laut Hunderte Kinderkehlen im Spreebogenpark in Berlin. Die **Kinderkommission** des Deutschen Bundestages (Kiko) feierte ihren Geburtstag. Ein Grund für **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** und die Abgeordneten der Kommission gemeinsam mit über 400 Kindern zu feiern.

Die Sache hatte nur einen Haken: Zur selben Zeit fand einige hundert Meter weiter im Plenarsaal im Reichstagsgebäude die 244. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages statt. Eigentlich hätten zu dieser die Abgeordneten und der Präsident anwesend sein sollen. Doch Norbert Lammert hatte "kein schlechtes Gewissen", dass er stattdessen beim großen Kinderfest der Kiko war. Schließlich habe die Arbeit der Kinderkommission im Deutschen Bundestag eine besondere Bedeutung.

"Kinder haben eine Stimme"

Unter dem Motto "Kinder haben eine Stimme" stellte sich die Kinderkommission den kleinen Besuchern vor und lud zu einem bunten Programm ein. "Kinder haben eine Stimme. Aber oft ist diese noch nicht laut. Es leben auch hier in Berlin Kinder unter schlechten Bedingungen", sagte die **Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen)**.

Die Kinderkommission, die speziell die Interessen der Kinder vertritt, versucht mit Anhörungen von Sachverständigen, aber auch Vor-Ort-Terminen den Spagat zwischen Wissenschaft und Praxis zu meistern. Dabei treffen die Mitglieder der Kiko ihre Entscheidungen stets fraktionsübergreifend – und das seit 25 Jahren. "Die Kinderkommission ist ein Mahner für die Sichtweise der Kinder", stellte **Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, klar.

An verschiedenen Stationen bekamen die Kinder auch zum Fest Aufklärung geboten. So konnten die Kleinen im Kinderrechte-Parcours nachempfinden, wie sehbehinderte Menschen durch den Alltag gehen müssen. Und die Schüler schleppten vor dem Deutschen Bundestag Wasser-Eimer wie Kinder in Afrika.

"Politik zum Anfassen"

"Man lernt hier richtig viel", sagte die kleine **Sara** auf ihrem Parcours durch die Kinderrechte, bei dem auch Spiel und Spaß nicht zu kurz kamen. "Ich finde, wir haben hier eine sehr entspannte Atmosphäre", freute sich die Kiko-Vorsitzende Rosenheimer. "Nicht die steife, seltsame Seite der Politik, sondern wir zeigen den Kindern, dass Politik auch anfassbar ist und Spaß machen kann."

Unterdessen gaben auf der Bühne erst die Kinderband Suli Puschban und dann der Singer-Songwriter Okan Frei den Ton an. Später präsentierte die Band Razzz ein Beatbox-Musical. Den Kindern gefiel es. Sie hatten ihren Spaß. "Das ist richtig cool hier", lacht **Saraphina**. Von der Kinderkommission des Deutschen Bundestages hatte sie zuvor noch nichts gehört. Das hat sich hoffentlich am Freitagnachmittag geändert. (Idi/07.06.2013)



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



V. Gespräche der Kinderkommission außerhalb der Sitzungen

1. Gespräch mit dem Aktionsbündnis Kindersoldaten zur Vorbereitung der Aktion „Rote Hand“

Am 30. Januar 2013 empfangen Mitglieder der Kinderkommission Frau Weber und Herrn Willinger vom Aktionsbündnis Kindersoldaten zu einem gemeinsamen Gespräch zur Vorbereitung der am folgenden Tag stattfindenden Pressekonferenz und der Roten-Hand-Aktion der Kinderkommission. Das Gespräch diente im Wesentlichen zur Verständigung über die Inhalte des vom Aktionsbündnis erstellten Schattenberichts Kindersoldaten und der Statements, die in der Pressekonferenz abgegeben werden sollten.

2. Gespräch mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur „Komplexleistung Frühförderung“

Auch in der Vorsitzzeit der Abg. Walter-Rosenheimer befasste sich die Kinderkommission mit dem schwierigen Thema „Komplexleistung Frühförderung“, das die Kinderkommission seit vielen Jahren begleitet. Am 13. März 2013 berichtete eine Vertreterin des zuständigen Ministeriums über die weitere Entwicklung in dieser Problematik. Nach dem Ergebnis dieses Gesprächs gehen die Mitglieder der Kinderkommission davon aus, dass diese Thematik auch die neue Kinderkommission beschäftigen wird.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

3. Gespräch mit der Deutschen UNESCO-Kommission e. V. zu „Menschenrechte und frühkindliche Bildung in Deutschland. Empfehlungen und Perspektiven“

Am 15. Mai 2013 gaben die Mitglieder der Kinderkommission Vertretern des „Forums Menschenrechte“ Gelegenheit, die von ihnen erarbeitete Studie „Menschenrechte und frühkindliche Bildung in Deutschland. Empfehlungen und Perspektiven“ vorzustellen.

VI. Öffentlichkeitsarbeit

1. Pressemitteilungen

Die Kinderkommission macht mit Pressemitteilungen auf ihre Arbeit und aktuelle kinder- und jugendpolitische Problemstellungen aufmerksam. In der Vorsitzzeit der Abg. Beate Walter-Rosenheimer wurden zahlreiche Pressemitteilungen veröffentlicht, die in Kapitel VIII – Anlagen nachgelesen werden können.

2. Pressekonferenz zur Vorsitzübergabe

Am Ende ihrer Amtszeit als Vorsitzende übergab Abg. Diana Golze in einer Pressekonferenz am 30. Januar 2013 symbolisch die Amtsgeschäfte mit der Überreichung des Ki-Ko-Maskottchens an die neue Vorsitzende der Kinderkommission MdB Beate Walter-Rosenheimer.

Hierüber ist im Internetauftritt des Deutschen Bundestages wie folgt berichtet worden:

Beate Walter-Rosenheimer löst Diana Golze ab



Beate Walter-Rosenheimer, Diana Golze mit Kiko-Maskottchen © DBT/Melde

Beate Walter-Rosenheimer ist neue **Vorsitzende der Kinderkommission (Kiko)** des Deutschen Bundestages. Die 48-Jährige wurde am **Mittwoch, 30. Januar 2013**, offiziell im Amt vorgestellt. Turnusgemäß wechselt der Vorsitz der Kiko alle neun Monate. Beate Walter Rosenheimer übernimmt das Amt von **Diana Golze (Die Linke)**, die zum Auftakt der neuen Vorsitzenden den Stoffadler überreichte – das Maskottchen der Kiko.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

1. "Viel Erfolg, spannende Gespräche und knallharte Experten"

"Ich habe mich schon ganz förmlich von meinem Untermieter verabschiedet", witzelte Golze bei der Übergabe und wünschte der Grünen-Abgeordneten für ihre Vorsitzzeit "viel Erfolg, spannende Gespräche und knallharte Experten, die viele Forderungen stellen". Zum Abschied gab es für Diana Golze Blumen.

Beate Walter-Rosenheimer stellte auf der Pressekonferenz zur Vorsitzübergabe ihre Schwerpunkte für die kommenden neun Monate vor. Dabei soll es in den Sitzungen der Kiko zunächst um Kinder psychisch kranker Eltern gehen.

2. Schwerpunkt "Kinder psychisch kranker Eltern"

"Diese Kinder müssen oft die Rollen wechseln, Verantwortung übernehmen, der sie nicht gewachsen sind", sagte die studierte Psychologin und Mutter von fünf Kindern. Themen wie Depression und Burnout fallen oft unter den Mantel des Schweigens, Walter-Rosenheimer spricht von einer Tabuisierung in der Öffentlichkeit. "Wir wollen hinschauen, uns darum kümmern und sehen, welche Rahmenbedingungen kann die Politik schaffen."

Als zweiten großen Schwerpunkt hat sich Beate Walter-Rosenheimer die Chancengleichheit durch frühkindliche Bildung auf die Fahnen geschrieben. Schließlich kommt in diesem Jahr der gesetzliche Anspruch auf einen Kita-Platz. "Die Chancen der Kinder hängen vom Geldbeutel und vom Status der Eltern ab", so die Vorsitzende. Deshalb möchte die Kiko ein besonderes Augenmerk auf die Zugangsgleichheit aller Kinder zu Bildungsangeboten werfen.

3. "Schöne Herausforderung in verantwortlicher Position"

Beate Walter-Rosenheimer sitzt seit rund einem Jahr im Parlament. Sie rückte im Januar 2012 nach. "Es ist eine sehr schöne Herausforderung, jetzt hier in dieser verantwortlichen Position als Kiko-Vorsitzende zu sein", freute sich die Abgeordnete und unterstrich die Bedeutung der Kinderkommission als Unterausschuss des Familienausschusses.

"Es wird schon alles schiefgehen", lachte Walter-Rosenheimer zum Schluss der Pressekonferenz mit Blick auf die nächsten neun Monate.

(ldi/30.01.2013)http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/42682729_kw05_pa_kiko/index.htm



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

VII. Kinder- und jugendpolitische Termine der Mitglieder der Kinderkommission

Abgeordnete Beate Walter-Rosenheimer

- | | |
|------------|---|
| 30.04.2013 | Eröffnung der Wanderausstellung des Deutschen Bundestages im Josef-Effner-Gymnasium (Dah) |
| 06.05.2013 | Preisverleihung des AMOs (Preis für Andere Mobilität) an Schulförderinnen (Dah) |
| 25.05.2013 | Treffen des Frauen Helfen Frauen e. V. (FFB) (Situation der Kinder im Frauenhaus) |
| 25.05.2013 | Gespräch mit der Gleichstellungsreferentin Kreis Fürstfeldbruck, Frau Annemarie Fischer (Betreuungssituation) |
| 27.05.2013 | Nominierung einer jungen Kandidatin aus dem Wahlkreis für Jugend und Parlament |
| 24.06.2013 | Patin des Parlamentarischen Patenschafts-Programms des Deutschen Bundestages im nächsten Programmjahr 2014/2015 |
| 08.07.2013 | Frauen helfen Frauen e. V. in Burghausen (Lage für Mütter und Kinder in Frauenhäusern) |
| 22.07.2013 | Besuch beim Café Basti in Olching (FFB). Basti (Junge mit Downsyndrom) macht eine Ausbildung im von den Eltern eigens für ihn eröffneten Gastronomiebetrieb |
| 24.07.2013 | Besuch „Die Wiege“. Heilpädagogisches Kinderheim für behinderte Kinder in Odlzhausen (Dah) |
| 30.07.2013 | Diakonie Fachbereich Sozialpsychiatrie in Burghausen (Schwerpunkt psychisch erkrankte Jugendliche und junge Erwachsene) |
| 12.08.2013 | Frauenhaus Erding (Situation von Müttern und Kindern im Frauenhaus) |



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter Eckhard Pols

- 06.02.2013 Gespräch mit Kita-Leiterinnen Lüneburg zum Bundesprogramm „Offensive Frühe Chancen“, Lüneburg
- 06.02.2013 Gespräch mit dem Bildungs- und Integrationsbüro Lüneburg zum Thema „Übergang von der Schule in den Beruf“, Lüneburg
- 12.02.2013 Aktion „Rote Hand“ an der IGS Lüneburg
- 18.02.2013 Veranstaltung des BMFSFJ „Jugendschutz aktiv“, Berlin
- 21.02.2013 Gespräch mit der National Coalition
- 28.02.2013 BAG Kind und Krankenhaus: Finanzsituation Kinder- und Jugendmedizin
- 02.03.2013 Regionalwettbewerb „Jugend forscht“, Lüneburg
- 14.03.2013 Interview für Motzgurke.tv des Tigerentenclubs
- 15.04.2013 Veranstaltung der KAS: Erziehung in den Wohlstandsgesellschaft – Aufwachsen mit Konsum und Medien, Berlin
- 18.04.2013 Parlamentarisches Frühstück der Erziehungshilfefachverbände Deutschlands
- 28.04.2013 Deutsche Fernsehlotterie, Kinderreisen 2013 – Traumtrikot am Millerntor, Hamburg
- 23.05.2013 Vorleseaktion für Kinder bei McDonalds in Lüneburg
- 30.05.2013 Grundsteinlegung Kita Regenbogen, Lüneburg
- 04.06.2013 Gespräch mit Marlies Winkelheide (Beratungsstelle für Geschwister bei der Lebenshilfe Bremen) und Geschwisterkindern, Berlin
- 31.07.2013 Europa-Camp für Kids, Gespräch mit Weltkinderrat, Berlin

Abgeordnete Marlene Rupprecht

- 23./24.01.2013 Straßburg, Europarat PV



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

28.01.2013	Rixdorfer Grundschule im Bundestag, Schülergespräche
31.01.2013	FES, Ombudschaften in der Kinder- und Jugendhilfe, Fachgespräch
01.02.2013	Fraktion „Hilfen zur Erziehung“, Fachgespräch
04.02.2013	WK, Freie Wohlfahrtspflege Bayern, Ombudschaften in der Kinder- und Jugendhilfe“, Gespräch
22.02.2013	Datteln, Kinderschutztage, Rede
28.02.2013	Evangelischer Erziehungsverband, Kommunikation Politik und Jugendhilfe, Workshop
28.02.2013	Bakuk, Kind und Krankenhaus, Parlamentarischer Abend, Schirmherrschaft
14./15.03.2013	Europarat, Treffen der Kontaktparlamentarier, ONE in Five Campaign, Sozial A, Fachtagung
18.03.2013	NDR, Kinderrechte ins Grundgesetz, Interview
22.-24.04.2013	Straßburg, Europarat PV
03.06.2013	Deutschlandfunk, „Vertrauliche Geburt“, Interview
03.06.2013	Masterplan Bildung, „Frühkindliche Bildung“, Fachgespräch, Podiumsdiskussion
06.06.2013	Kindesmissbrauch „Verlängerung der strafrechtlichen Verfolgbarkeit“, Hearing
11.06.2013	Monitoring AG Internationale Kooperation
27.06.2013	Straßburg, Europarat Sozial Ausschuss, BE
02.07.2013	WK Edgar Franke, MdB, Kinderrechte ins Grundgesetz, WK-Besuch, Fraktionsveranstaltung
08.07.2013	WK Caren Marks, MdB, Kinderrechte ins Grundgesetz, WK-Besuch
09.07.2013	WK Dirk Wiese, Kinderrechte ins Grundgesetz, WK-Besuch, Fraktionsveranstaltung



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- | | |
|------------|--|
| 17.07.2013 | WK Petra Ernstberger, MdB, „Kinderbetreuung kontra Betreuungsgeld“, Fraktionsveranstaltung |
| 24.07.2013 | WK, Schulbesuch, Gespräch |
| 31.07.2013 | WK, Kinderarche, Gespräch |
| 28.08.2013 | Osnabrück, SPD-Geschäftsstelle, Kinderrechte ins Grundgesetz, Fraktionsveranstaltung |

Abgeordnete Nicole Bracht-Bendt

- | | |
|------------|---|
| 24.01.2013 | Treffen mit Leila Moysich vom Sternipark (Thema: anonyme Geburt), Buchholz |
| 20.02.2013 | Unterrichtung zur Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“, Berlin |
| 06.03.2013 | Gespräch mit der Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, USG Leila Zerroughi, New York (im Rahmen der UN-Frauenrechtskonferenz) |
| 10.04.2013 | Bereisung von Jugendhilfeeinrichtungen in Winsen, Niedersachsen |
| 25.04.2013 | Girls' and Boys' Day: Schülerpraktikum im MdB-Büro |
| 29.06.2013 | Kinderkongress der FDP-Bundestagsfraktion, München |

Abgeordnete Diana Golze

Die kinder- und jugendpolitischen Termine liegen nicht vor.

Beate Walter-Rosenheimer, MdB
Vorsitzende



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

VIII. Anlagen

Anlage	Datum	Dokument	Seite
1	23.01.2013	Kinderkommission engagiert sich am Red Hand Day „Kinder sind keine Soldaten!“	48
2	24.01.2013	Einladung zur Pressekonferenz: Kinderkommission Informiert über den turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz	49
3	25.01.2013	Pressekonferenz der Kinderkommission mit dem Deutschen Bündnis Kindersoldaten zur Aktion „Rote Hand“	50
4	01.02.2013	Kinderkommission begrüßt die Kampagne des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs „Kein Raum für Missbrauch“	51
5	08.02.2013	Kinderkommission zum Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar	52
6	14.02.2013	„Kinderrechte ins Grundgesetz“ Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission	53
7	20.02.2013	Kinderkommission zum Internationalen Tag der Muttersprache	54
8	12.03.2013	Mitglieder der Kinderkommission übergeben „rote Hände“ an die UN-Sonderbeauftragte für Kinder und bewaffnete Konflikte	55
9	18.03.2013	Kinderkommission zu Besuch bei der Ambulanten Sozialpädagogik Charlottenburg e. V.	56
10	28.03.2013	„Lesen ist eine Lust!“ – Kinderkommission zum Internationalen Kinderbuchtag am 2. April	57
11	23.04.2013	25. Geburtstag der Kinderkommission mit Bundestagsvizepräsident Thierse: „Wie Kinder die Welt sehen“	58
12	24.04.2013	Kinderkommission zum Zukunftstag für Mädchen und Jungen	60



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

13	14.05.2013	Kinderkommission zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai 2013	61
14	24.05.2013	Kinderkommission zum Internationalen Tag der vermissten Kinder	63
15	30.05.2013	25 Jahre Kinderkommission: Großes Kinder- und Jugendfest	65
16	31.05.2013	Kinderkommission zum Internationalen Kindertag am 1. Juni	67
17	07.06.2013	Öffentliche Sitzung der Kinderkommission: „Homophobie an Schulen aus Sicht homosexueller Jugendlicher“ und „Kindertagesbetreuung – Bedarf und Angebot“	68
18	07.06.2013	Kinderkommission zum nationalen Kindersicherheitstag am 10. Juni 2013	70
19	11.06.2012	Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni 2013	71



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 1

Pressemitteilung

Kinderkommission engagiert sich am Red Hand Day „Kinder sind keine Soldaten!“

Berlin, 23. Januar 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Donnerstag, 31. Januar 2013, 12.00 bis 13.30 Uhr

Ort: Halle des Paul-Löbe-Hauses

Weltweit werden schätzungsweise 250.000 Kinder als Soldaten missbraucht. Sie kämpfen oder leisten schwere körperliche Arbeit, nicht selten werden Jungen wie Mädchen sexuell missbraucht.

In aller Welt engagieren sich Menschen mit der Aktion Rote Hand gegen den Einsatz von Kindern in Kriegen. Das Symbol der Aktion, die rote Hand, steht dabei für das Nein zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten.

Auch in diesem Jahr möchte die Kinderkommission ein starkes Zeichen gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten setzen und damit an den Erfolg der Vorjahresaktion anlässlich des 10. Jubiläums dieses Aktionstages am 12. Februar anknüpfen.

Am Stand der Kinderkommission können Politiker, Mitarbeiter und Besucher des Bundestages ihre Handabdrücke abgeben und so gegen den Einsatz von Kindersoldaten protestieren. Die gesammelten Handabdrücke leitet die Kinderkommission an die UN-Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, Frau Leila Zerrougui, weiter.

Besucher, die an der Aktion teilnehmen wollen, sind herzlich eingeladen. Interessierte melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) unter Angabe des Namens, Vornamens und Geburtsdatums bis spätestens 28. Januar 2013 an.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 2

Pressemitteilung

Einladung zur Pressekonferenz: Kinderkommission informiert über den turnusmäßigen Wechsel im Vorsitz

Berlin, 24. Januar 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 30. Januar 2013, 16.00 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Raum 2.200

Am 30. Januar 2013 findet die offizielle Vorsitzübergabe in der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission) des Deutschen Bundestages statt.

Bis zum 23. Januar 2013 wurde die Kommission von Diana Golze (DIE LINKE.) geleitet. Sie übergibt einer lange gepflegten Tradition der Kinderkommission folgend nunmehr deren Maskottchen und damit die Leitungsgeschäfte an Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Die neue Vorsitzende wird in der Pressekonferenz über die Arbeitsplanung zu den Schwerpunktthemen „Chancengleichheit durch frühkindliche Bildung und Förderung“ sowie „Kinder kranker Eltern“ informieren.

Interessierte Zuhörer werden gebeten, sich beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, **E-Mail: kinderkommission@bundestag.de**) **bis spätestens 28. Januar 2013** anzumelden. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.

Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Presseferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.

Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 3

Pressemitteilung

Pressekonferenz der Kinderkommission mit dem Deutschen Bündnis Kindersoldaten zur Aktion Rote Hand

Berlin, 25. Januar 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Donnerstag, 31. Januar 2013, 11.00 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal 2.200

Gemeinsam mit dem Deutschen Bündnis Kindersoldaten rufen die Mitglieder der Kinderkommission die Problematik des Missbrauchs von Kindern als Soldaten ins Bewusstsein. Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten wird im Rahmen der Pressekonferenz seinen neuen Schattenbericht zu den Kindersoldaten vorstellen.

Nach dieser Pressekonferenz veranstaltet die Kinderkommission des Deutschen Bundestages von 12.00 bis 13.30 Uhr ihre diesjährige Aktion Rote Hand. Auch in diesem Jahr ruft die Kinderkommission Kollegen und Mitarbeiter auf, im Kampf gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten Farbe zu bekennen.

Interessierte Zuhörer melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, **E-Mail: kinderkommission@bundestag.de**) bis **spätestens 29. Januar 2013** an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.

Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Presseferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.

Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 4

Pressemitteilung

Kinderkommission begrüßt die Kampagne des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs „Kein Raum für Missbrauch“

Berlin, 1. Februar 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Vor fast drei Jahren erschütterten Missbrauchsskandale von Kindern in Einrichtungen der Kirche und des Staates die Republik.

Als Reaktion darauf wurde die Einrichtung des Runden Tisches "Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich" sowie die Einsetzung einer Unabhängigen Beauftragten als Ansprechpartnerin für Betroffene beschlossen.

Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs ist inzwischen zu einer Institution geworden. Er hat im Januar dieses Jahres die Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ ins Leben gerufen.

Mit der Kampagne soll die Gesellschaft für das Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sensibilisiert werden. Ihr Ziel ist es, durch die Verbreitung der Kampagnenbotschaft ein Verantwortungsbewusstsein für diese Thematik in der Öffentlichkeit zu erzeugen.

Die Kinderkommission begrüßt diese Kampagne ausdrücklich und weist auf ihre große Bedeutung hin.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer, hierzu: „Alle Einrichtungen, in denen sich Kinder aufhalten, müssen sich intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen und mit Einfühlungsvermögen und Weitsicht Schutzkonzepte gegen sexuelle Gewalt erarbeiten. Nur wenn wir das Thema offen und breit diskutieren, können wir die gesamte Gesellschaft sensibilisieren und Kinder besser schützen.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 5

Pressemitteilung Kinderkommission zum Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar

Berlin, 8. Februar 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

In Deutschland leben circa 22.600 Kinder, die an einer lebensverkürzenden Krankheit leiden. Viele von ihnen werden zusammen mit ihren Familien von ambulanten oder stationären Kinderhospizen auf ihrem Weg begleitet.

Am 10. Februar jeden Jahres steht die wertvolle Arbeit der Kinderhospize im Mittelpunkt. Ein wichtiges Ziel ist es, das Thema Tod und Sterben von Kindern zu enttabuisieren. Der Tag der Kinderhospizarbeit soll Menschen dazu motivieren, sich mit erkrankten Kindern und deren Familien zu solidarisieren und sie für ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich gewinnen. Nicht zuletzt dient dieser Aktionstag auch dazu, den zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren engagierten Einsatz Danke zu sagen.

Die Kinderkommission unterstützt die Kinderhospize in Deutschland. So hat sie sich in der Vergangenheit etwa erfolgreich dafür engagiert, dass die finanziellen Bedingungen für die Familien verbessert wurden.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Frau Beate Walter-Rosenheimer, erklärt: „Kinderhospize leisten eine enorme Entlastung für Familien mit unheilbar erkrankten Kindern. Durch die oft über Jahre andauernde zeitintensive Pflege des kranken Kindes bleibt den Eltern kaum Zeit für Geschwister, für den Beruf, geschweige denn zur eigenen Erholung. Die Unterstützung der Kinderhospize gibt Familien Kraft und ermöglicht ihnen trotz der besonderen Situation ein Stück weit Normalität. Es ist mir ein besonderes Anliegen, nicht nur am Tag der Kinderhospizarbeit, sondern auch im ganzen restlichen Jahr mit dem Thema todkranke Kinder offen umzugehen und somit sowohl finanzielle als auch ehrenamtliche Unterstützung besser erreichen zu können.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 6

Pressemitteilung

„Kinderrechte ins Grundgesetz“

Öffentliches Expertengespräch der Kinderkommission

Berlin, 14. Februar 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 20. Februar 2013, 16.30 bis 18.00 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200

Seit mehr als zwanzig Jahren wird über eine Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz diskutiert. Die Kinderkommission möchte in einem öffentlichen Expertengespräch das Für und Wider einer Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz erörtern. Dabei sollen staatsrechtliche, lebensweltliche und kinderrechtliche Aspekte beleuchtet werden.

Die Kinderkommission hat hierzu folgende Experten eingeladen:

- Dr. Reinald Eichholz, National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland
- Prof. Dr. Manfred Liebel, Mitbegründer des Masterstudienganges „European Master in Childhood Studies and Children’s Rights“ der FU Berlin
- Prof. Dr. Jörg Maywald, Aktionsbündnis Kinderrechte
- Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, emeritierter Ordinarius für Öffentliches Recht, ehemaliger Bundesjustizminister
- Prof. Dr. Dr. Reinhard Wiesner, ehemaliger Leiter des Referats Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe im BMFSFJ

Interessierte Zuhörer melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) bis spätestens 18. Februar 2013 an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle. Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Presseferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.
Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 7

Pressemitteilung Kinderkommission zum Internationalen Tag der Muttersprache

Berlin, 20. Februar 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Seit dem Jahr 2000 wird der 21. Februar als Internationaler Tag der Muttersprache zur Förderung sprachlicher und kultureller Vielfalt und Mehrsprachigkeit begangen.

Die Muttersprache gehört zur kulturellen Identität jedes Menschen, die es zu fördern gilt. Mehrsprachigkeit dient über kulturelle und sprachliche Grenzen hinweg dem gegenseitigen Verständnis und Respekt.

Die große Bedeutung der Sprache für die Chancen der Kinder in der Schule, im Beruf und im gesamten Leben ist unbestritten. Kindertageseinrichtungen und Schulen sind daher gefordert, die sprachliche Entwicklung insbesondere der benachteiligten Kinder entsprechend ihren besonderen Bedürfnissen zu fördern. Das Beherrschen der Sprache ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe, zum Bildungs- und damit auch zum beruflichen Erfolg.

Ziel sollte es sein, gerade bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowohl Deutsch als auch die Sprache des Herkunftslandes der Eltern zu kultivieren. Echte Zwei- oder Mehrsprachigkeit baut nicht nur Brücken zwischen den Kulturen, sondern stellt für junge Menschen auch eine besondere Chance auf den Arbeitsmärkten dar.

Beate Walter-Rosenheimer, Vorsitzende der Kinderkommission, erklärt: „Die Förderung der Muttersprache, insbesondere von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, ist zentral für den Bildungserfolg. Erst durch Sicherheit in der Erstsprache, aber auch durch deren Anerkennung und Wertschätzung als kulturelles Gut können Kinder selbstbewusst eine zweite Sprache lernen und anwenden.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 8

Pressemitteilung

Mitglieder der Kinderkommission übergeben „rote Hände“ an die UN-Sonderbeauftragte für Kinder und bewaffnete Konflikte

Berlin, 12. März 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Am Rande ihrer Delegationsreise zum Weltfrauengipfel in New York trafen die Mitglieder der Kinderkommission die UN-Sonderbeauftragte für Kinder und bewaffnete Konflikte, Frau Leila Zerrougui, zu einem persönlichen Gespräch. Im Gepäck hatten sie 218 rote Hände, die die Kinderkommission des Deutschen Bundestages im Rahmen einer Rote-Hand-Aktion am 31. Januar 2013 im Paul-Löbe-Haus gesammelt hat. Diese konnten sie an die UN-Sonderbeauftragte übergeben.



(v.l.n.r. MdB Jörn Wunderlich, MdB Ekin Deligöz, MdB Nicole Bracht-Bendt, UN-Sonderbeauftragte Leila Zerrougui, MdB Eckhard Pols)

Die 218 roten Hände des Deutschen Bundestages sind der erste, kleinere Teil, den die Kinderkommission der UN übermittelt hat. Insgesamt wird die Kinderkommission in den kommenden Tagen circa 4.500 rote Hände, die in den verschiedenen Wahlkreisen der Bundestagsabgeordneten als Protest gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten gesammelt worden sind, nach New York versenden.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 9

Pressemitteilung Kinderkommission zu Besuch bei der Ambulanten Sozialpädagogik Charlottenburg e. V.

Berlin, 18. März 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 20. März 2013, 16.00 – 17.30 Uhr

Ort: Ambulante Sozialpädagogik Charlottenburg e. V.,
Kaiserdamm 21, 14057 Berlin

Die Mitglieder der Kinderkommission werden am 20. März 2013 die Ambulante Sozialpädagogik Charlottenburg e. V. (AMSOC) in Berlin-Charlottenburg besuchen.

AMSOC arbeitet seit 1995 als freier Träger der Jugendhilfe im Bereich der ambulanten Erziehungshilfen und ist u. a. auf die Thematik Kinder psychisch erkrankter Eltern spezialisiert. Sie bietet betroffenen Familien verschiedene, sich ergänzende Angebote aus einer Hand an. Diese sollen dabei helfen, den Kindern die Bewältigung der gesamten Situation zu ermöglichen und die Auswirkungen der elterlichen Erkrankung so gering wie möglich zu halten.

Da sich die Kinderkommission des Deutschen Bundestages derzeit schwerpunktmäßig mit dem Thema „Kinder psychisch kranker Eltern“ befasst, wollen sich die Kommissionsmitglieder vor Ort die einzelnen Facetten dieser schwierigen Arbeit von AMSOC erläutern lassen.

Pressevertreter sind herzlich eingeladen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 10

Pressemitteilung

„Lesen ist eine Lust!“

Kinderkommission zum Internationalen Kinderbuchtag am 2. April

Berlin, 28. März 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Seit 46 Jahren wird am Geburtstag des Kinderbuchautors Hans Christian Andersen der Internationale Kinderbuchtag begangen.

Dieser Tag wurde geschaffen, um auf die Lust zu lesen aufmerksam zu machen. Lesen begeistert, es schafft Bilder und Emotionen. Es ist Zeitvertreib in der S-Bahn und Informationsquelle in Beruf und Alltag.

Kinderbücher sind der Grundstein zu dieser lebenslangen Faszination: sie führen Kinder an die Freude des Lesens heran und regen zum Nachdenken an. Sie wecken die Neugier auf die vielfältigsten Themen, fördern das Sprachvermögen und den Wortschatz. Auch wer seine Muttersprache bereits gut beherrscht, kann durch Lesen seine Fähigkeiten vervollkommen.

Leider werden nicht alle Kinder an den Spaß, den Lesen machen kann, herangeführt. Erzieherinnen und Erzieher, Pädagoginnen und Pädagogen und vor allem die Eltern sind aufgerufen, die Freude und Begeisterung am Lesen zu wecken. Vorlesen und Lesen mit Kindern sollte in den Familien und Kitas zum Alltag gehören. Lesen ist die Schlüsselkompetenz zum Bildungserfolg, gerade in einer Informationsgesellschaft. Bücher dürfen als Urmedium in der Zeit multimedialen Entertainments nicht in den Hintergrund treten, denn Lesen ist die Basiskompetenz in der Mediengesellschaft.

„Ich habe schon als Kind Bücher geliebt und bin gerne in andere Welten eingetaucht. Auch meinen eigenen Kindern habe ich jeden Abend vorgelesen. Ich glaube, das bringt Kindern Geborgenheit und schult die Fantasie und auch das Einfühlungsvermögen. Eine neue Generation darf nicht nur mit Fernseher und Internet aufwachsen. Ohne Lesen verarmt unsere Gesellschaft“, erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 11

Pressemitteilung

25. Geburtstag der Kinderkommission mit Bundestagsvizepräsident Thierse: „Wie Kinder die Welt sehen“

Berlin, 23. April 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 24. April 2013, 14.30 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Foyer, Eingang West

Die Tischplatte erreicht man nur auf den Zehenspitzen, auf den Holzstuhl kommt man ohne Hilfe gar nicht erst drauf oder man muss richtig klettern – alles viel zu groß und zu hoch. Der Griff der Bratpfanne auf dem Herd ragt bedrohlich über dem Kopf, sie hat den Durchmesser eines Autoreifens. Zu ihrem 25. Geburtstag lädt die Kinderkommission zu einer besonderen Erfahrungstour ein: Die Ausstellung „Wie die Kinder die Welt sehen“ bietet Erwachsenen Einblicke in die kindliche Wahrnehmung unserer Realität. Anhand überdimensionierter Möbel und Gegenstände in einer großen Küchenzeile erleben Erwachsene, welche Schwierigkeiten Kinder im Alltag meistern und welchen Gefahren sie ausgesetzt sind.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und Kinder vom Verein „Die Arche“ aus Berlin werden bei der Ausstellungseröffnung am Mittwoch dabei sein. Außerdem kommen natürlich einige Kinder-Reporter.

Im Mai 1988 beschloss der Ältestenrat des Deutschen Bundestages, die Kinderkommission einzusetzen. Sie versteht sich als Lobby für Kinder und sorgt für mehr Aufmerksamkeit für kinderpolitische Themen im Parlament. Zugleich setzt sie sich für eine kinderfreundlichere Gesellschaft und die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen ein. Die Mitglieder der Kinderkommission bemühen sich dabei stets, die Probleme aus der Sicht von Kindern wahrzunehmen.

Medienvertreter sind zur Teilnahme und Berichterstattung herzlich eingeladen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bitte beachten Sie, dass alle Medienvertreter eine Akkreditierung des Bundestages benötigen. Informationen dazu finden Sie unter:
<http://www.bundestag.de/presse/akkreditierung/index.html>.

Weitere Informationen zur Kinderkommission und ihrer Arbeit unter:

<http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/kiko/index.jsp>.

Die Ausstellung ist bis zum 14. Mai geöffnet und kann nach vorheriger Anmeldung (Tel. 030 227 38883 oder unter info-ausstellungen-plh@bundestag.de) besichtigt werden. Der Eintritt ist frei.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 12

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Zukunftstag für Mädchen und Jungen

Berlin, 24. April 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

2001 fand der erste Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag – in Deutschland statt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung, der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Initiative D21 starteten gemeinsam diese bundesweite Aktion.

Beate Walter-Rosenheimer, Vorsitzende der Kinderkommission: „Noch nie waren Frauen so gut ausgebildet wie heute, dennoch wählen sie aus einem engen Berufsspektrum aus und entscheiden sich noch immer oft für klassische Frauenberufe. Damit sind für sie meist geringere Aufstiegschancen und Lohneinbußen verbunden. Damit Potenziale und Interessen von Mädchen auch im Alltag breit gefördert werden, brauchen wir besonders in den Schulen mehr Sensibilität beim Umgang mit Geschlechterklischees. Eine breitere Berufswahl ist nicht nur für die Frauen, sondern auch für die Wirtschaft wünschenswert, die besonders im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich Nachwuchssorgen hat.“

Bei Girls' Day-Veranstaltungen lernen Mädchen ab der Klasse 5 Berufsbereiche aus Technik, Naturwissenschaften und IT oder weibliche Vorbilder in Führungspositionen aus Wirtschaft und Politik kennen. Sie erhalten an diesem Tag einen Einblick in diese oft unbekannteren Bereiche und können erste Kontakte zur Arbeitswelt knüpfen. Die eigene Aktivität der Mädchen steht an diesem Tag im Vordergrund. Anhand von praktischen Beispielen sollen die Teilnehmerinnen in Laboren, Büros und Werkstätten erleben, wie interessant und spannend diese Tätigkeiten sein können.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 13

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai 2013

Berlin, 14. Mai 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Anlässlich des Internationalen Tages der Familie erklärt die Vorsitzende der Kinderkommission Beate Walter-Rosenheimer: „Was Familien heutzutage neben Geld oder Infrastruktur am meisten fehlt, ist Zeit. Um der Familie und dem Beruf gerecht zu werden, müssen wir beispielsweise Möglichkeiten schaffen, flexibler mit der Arbeitszeit umzugehen. Insbesondere Familien mit nur einem Elternteil leiden unter enormen Zeitstress. Wir müssen die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für diese Problematik stärker sensibilisieren und moderne Lösungen zum Wohle der Kinder und Eltern finden.“

Um die große Bedeutung der Familie als wichtigste Grundlage jeder Gesellschaft herauszustellen, wurde im Jahr 1993 durch eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen der „Internationale Tag der Familie“ geschaffen.

Zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation wollen die Vereinten Nationen damit die Bedeutung und die Wichtigkeit der Familie für ein gesundes und glückliches Aufwachsen von Kindern herausstellen. Als Keimzelle der Gesellschaft kommt der Familie auch gesamtgesellschaftlich eine große Bedeutung zu. In ihr werden Kinder geprägt. Hier sollen sie Nähe und Geborgenheit finden und grundlegende Dinge wie die Übernahme von Verantwortung und Rücksichtnahme lernen.

Der Alltag der Familien hat sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Die Anforderungen an jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft sind größer geworden und dies überträgt sich auch auf das Familienleben. Im Alltagsleben von Familien geht es oft darum, Familienleben und Beruf unter einen Hut zu bekommen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit Familien in dieser komplexen und schnelllebigen Zeit ihren Aufgaben gerecht werden können, brauchen sie Unterstützung. Staat und Gesellschaft sind nach wie vor gefordert, den Bedürfnissen von Eltern und Kindern gerecht zu werden. Wie ein Zusammenspiel beider Akteure auf diesem Gebiet aussehen kann, zeigen die Lokalen Bündnisse für Familie.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 14

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der vermissten Kinder

Berlin, 24. Mai 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Am 25. Mai 1979 verschwand im New Yorker Stadtteil Soho der damals sechsjährige Etan Patz spurlos. Ihm zum Gedenken wurde vier Jahre später der Internationale Tag der vermissten Kinder eingeführt, der auch in Europa begangen wird. Etwa 50.000 Anzeigen über vermisste Kinder und Jugendliche gehen in Deutschland jährlich bei der Polizei ein. Die meisten Kinder kehren schon nach kurzer Zeit wieder nach Hause zurück. Aber einige bleiben für lange Zeit oder gar für immer vermisst. Nach einer Erhebung des Bundeskriminalamtes sind dies derzeit 1.836 Kinder und Jugendliche.

Neben der Polizei leistet die „Initiative Vermisste Kinder“ wichtige Arbeit bei der Suche nach diesen Kindern und Jugendlichen. Um mehr Aufmerksamkeit für das Thema vermisste Kinder zu erhalten, startet die Initiative am 25. Mai in ganz Deutschland die Aktion **"AUGEN AUF"**.

Der „Initiative Vermisste Kinder“ wurde im März 2011 die Rufnummer 116 000 für eine Hotline für vermisste Kinder zugeteilt. An sieben Tagen in der Woche, 24 Stunden am Tag werden Betroffene durch besonders geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Suche nach ihrem Kind unterstützt. Darüber hinaus werden Meldungen über vermisste Kinder entgegengenommen und an die Polizei weitergeleitet.

Dieser Dienst ist überall in der Europäischen Union mit derselben Rufnummer verbunden:

Es gilt einheitlich die Nummer 116 000; sie hilft Kindern und Eltern in Not, wenn sie sich außerhalb ihres Herkunftsmitgliedstaats befinden.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer: „Jedes einzelne vermisste Kind ist eines zu viel. Für die Eltern und Familien sind diese Fälle eine furchtbare Belastung. Umso wichtiger ist die Arbeit, die die „Initiative Vermisste Kinder“ leistet. Sie unterstützt an jedem Tag des Jahres Eltern und Angehörige bei der Suche und gibt konkrete Empfehlungen, was im Vermisstenfall zu tun ist, um keine wertvolle Zeit zu verschwenden. Aber Eltern bekommen dort auch Tipps zur Prävention. Ich finde, das ist Grund genug, die „Initiative Vermisste Kinder“ mehr in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 15

Pressemitteilung

25 Jahre Kinderkommission: Großes Kinder- und Jugendfest

Zeit: Freitag, 7. Juni 2013, 11 bis 14 Uhr

Ort: Berliner Spreebogenpark (nördlich des Paul-Löbe-Hauses)

Berlin, 30. Mai 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages wird in diesem Jahr 25 Jahre alt.

Am Freitag, 7. Juni 2013 feiert sie das Jubiläum mit einem großen Fest für Kinder und Jugendliche unter dem Motto „**Kinder haben eine Stimme – die Kinderkommission feiert Geburtstag**“. Von 11 bis 14 Uhr stehen im Spreebogenpark in Berlin-Mitte - ganz in der Nähe des Reichstagsgebäudes - die Rechte aus der UN-Kinderrechtskonvention im Mittelpunkt. Bundestagspräsident Norbert Lammert ist Schirmherr des Festes.

Auf einem Kinderrechtsparcours mit vielen spannenden Aufgaben, Basteleien und Rätseln können sich die jungen Gäste spielerisch mit den UN-Kinderrechten vertraut machen und erhalten am Ende sogar ein Diplom. Auf der Bühne begrüßen der Bundestagspräsident, sowie aktuelle und ehemalige Mitglieder der Kinderkommission (KiKo) die Kinder und Jugendlichen. Abgerundet wird das Fest durch ein Programm mit Livemusik, Theateraufführungen und zahlreichen Mitmachaktionen sowie einem Sport- und Spielangebot.

Vorgesehen sind u. a. Auftritte der Kinderband Suli Puschban, des Kinder- und Jugendchores Canzonetta, des Sängers Okan Frei sowie von Razzz – das Beatbox Musical.

Durch die Veranstaltung führen die Schauspielerinnen Katharina Gast, bekannt aus dem Tigerenten-Club, und Amelie, eine junge Nachwuchs-Moderatorin. Weitere Einzelheiten und Uhrzeiten entnehmen Sie bitte dem anhängenden Programm.

Die Jubiläumsveranstaltung wird in Kooperation mit dem Deutschen Kinderhilfswerk und dem THW durchgeführt, unter Beteiligung weiterer Kinder- und Jugendorganisationen beim Kinderrechtsparcours.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kinderkommission wurde 1988 als weltweit erstes parlamentarisches Gremium zur Wahrnehmung der Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen eingesetzt. Seitdem setzen sich die fünf Kommissionsmitglieder aus allen im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen für die Durchsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ein und engagieren sich dafür, Kinderpolitik und Kinderbelange stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken.

Programm und alle Uhrzeiten auf der Homepage der Kinderkommission oder unter <https://www.kuppelkucker.de/>

Medienvertreter sind herzlich willkommen. Weitere Informationen zur Veranstaltung erhalten Besucher gerne beim Sekretariat der Kinderkommission (kinderkommission@bundestag.de oder Tel. 030-227-32271).

Programm

Veranstaltungsort Spreebogenpark in Berlin-Mitte, Otto-von-Bismarck-Allee (vis-à-vis Paul-Löbe-Haus)

Programmauszug

- 11 Uhr Begrüßung durch die Vorsitzende und die weiteren Mitglieder der Kinderkommission
- Eröffnung des Kinderrechteparcours zu ausgewählten Rechten aus der UN-Kinderrechtskonvention anschließend Kinderband Suli Puschban
- 11.30 Uhr Gespräch mit den Mitgliedern der Kinderkommission über die UN-Kinderrechte (Moderation durch Katharina Gast und Amelie)
- 11.45 Uhr Kinder- und Jugendchor Canzonetta
- 12 Uhr Kurzinterviews zu Meilensteinen und Erfolgen der Kommission in ihrer 25-jährigen Geschichte
- 12.10 Uhr Auftritt des Singer-Songwriters Okan Frei
- 12.30 Uhr Grußwort des Schirmherrn Prof. Dr. Nobert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages, anschließend „Kinderpolitik ist das Bohren dicker Bretter“ – Aktion mit dem Präsidenten des Deutschen Bundestages und Mitgliedern der Kinderkommission sowie weiteren Gästen
- 12.40 Uhr Bühnenprogramm mit Okan Frei und Razzz - das Beatbox Musical
- 14 Uhr Ende der Veranstaltung

(Kurzfristige Programmänderungen vorbehalten)



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 16

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Kindertag am 1. Juni

Berlin, 31. Mai 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Der 1. Juni wurde im Jahr 1950 in der DDR zum Kindertag ausgerufen, der für die Kinder schon damals ein besonderes Ereignis darstellte. In der Bundesrepublik wurde seit 1954 mit der Erklärung der Rechte des Kindes der Vereinten Nationen der Weltkindertag am 20. September begangen. Beide Tage hatten und haben zum Ziel, die Kinderrechte stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen und haben deshalb auch heute noch ihre Berechtigung.

Es ist daher nur gut und richtig, gute Traditionen wie diese weiterzupflegen und in Deutschland zweimal im Jahr die Anliegen der Kinder in den Fokus zu nehmen. Die Kinder wird es freuen, so kommen sie zweimal im Jahr in den Genuss von Kinderfesten mit buntem Spiel- und Spaßprogramm und erfahren auf spielerische Weise ihre Rechte.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages begrüßt daher auch die zahlreichen Initiativen und Aktionen, die rund um den 1. Juni in allen größeren Städten stattfinden.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer: „Die Kinderrechte sind seit der Einsetzung der Kinderkommission vor nunmehr 25 Jahren zentrales Thema ihrer Arbeit. Es ist schön, dass sie auch zwei Mal im Jahr zum Kindertag im Mittelpunkt stehen. Um Kinderrechte zu stärken, setzt sich die Kinderkommission u.a. dafür ein, dass sie auch im Grundgesetz genannt und berücksichtigt werden.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 17

Pressemitteilung

Öffentliche Sitzung der Kinderkommission: „Homophobie an Schulen aus Sicht homosexueller Jugendlicher“ und „Kindertagesbetreuung – Bedarf und Angebot“

Berlin, 7. Juni 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Zeit: Mittwoch, 12. Juni 2013, 15.00 bis 18.00 Uhr

Ort: Paul-Löbe-Haus, Saal 2.200

Die Kinderkommission möchte sich in zwei aufeinander folgenden öffentlichen Expertengesprächen zu den Themen „Homophobie an Schulen aus Sicht homosexueller Jugendlicher“ und „Bedarf nach und Angebot der Kindertagesbetreuung“ informieren.

Homophobie ist auch in der heutigen, vermeintlich offenen Gesellschaft noch immer ein großes Thema. Homosexuelle Menschen haben unter Vorurteilen und Diskriminierungen zu leiden. Besonders in Schulen kommt es immer wieder zu Beschimpfungen und Ausgrenzungen. Aber auch in Schulbüchern wird immer noch ein sehr traditionelles, heteronormatives Weltbild vermittelt. Deshalb möchte die Kinderkommission für dieses Thema sensibilisieren.

Hierzu hat die Kinderkommission folgende Expertinnen und Experten eingeladen:

- **Melanie Bittner**, Humboldt Universität zu Berlin
- **Conny Kempe-Schälicke**, Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
- **Christian Naumann**, SchLAu NRW, Schwules Netzwerk NRW e. V.

Der 1. August naht und mit ihm der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Die Kinderkommission will sich in diesem Expertengespräch über den Bedarf und das Angebot der Kindertagesbetreuung informieren lassen.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kinderkommission hat hierzu folgende Expertinnen und Experten eingeladen:

- **Verena Göppert**, Deutscher Städtetag
- **Dr. Matthias Schilling**, Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut / Technische Universität Dortmund
- **Hedi Wegener**, Bundesverband Kindertagespflege e. V.

Interessierte Zuhörer melden sich bitte beim Sekretariat der Kinderkommission (Telefon: +49 30 227-30551, E-Mail: kinderkommission@bundestag.de) mit Namen, Vornamen und Geburtsdatum bis spätestens 11. Juni 2013 an. Besucher werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen und den Westeingang des Paul-Löbe-Hauses zu benutzen.

Alle Medienvertreter benötigen zum Betreten der Gebäude des Deutschen Bundestages eine Akkreditierung der Pressestelle.

Bild- und Tonberichterstatter werden gebeten, sich beim Presseferat (Telefon: +49 30 227-32929 oder 32924) anzumelden.

Bitte im Sitzungssaal Mobiltelefone ausschalten!



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 18

Pressemitteilung

Kinderkommission zum nationalen Kindersicherheitstag am 10. Juni 2013

Berlin, 7. Juni 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Jedes Jahr am 10. Juni findet der nationale Kindersicherheitstag statt. Er hat das Ziel, auf Kinderunfälle und die Möglichkeiten ihrer Prävention aufmerksam zu machen.

Der Kindersicherheitstag wird in diesem Jahr den Fokus auf die Sicherheit von Babys und Kleinkindern legen. Damit soll die Unfallprävention für die Kleinsten gestärkt werden, um die alarmierend hohen Unfallzahlen in dieser Risikogruppe zu senken.

Der Großteil dieser Unfälle findet im häuslichen Bereich statt. Im Rahmen des Kindersicherheitstages 2013 wird eine Ausstellung konzipiert, die die „TOP 7“-Gefahren im Säuglings- und Kleinkindalter thematisiert und darstellt. Die Ausstellung und die Maßnahmen des Kindersicherheitstages sollen die primäre Zielgruppe „Junge Eltern“ sowie Schlüsselpersonen, die mit Familien zu tun haben, für das Thema „Kinderunfälle in den ersten Lebensjahren“ sensibilisieren und sie zu sicherheitsbewusstem Handeln befähigen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer, zum Kindersicherheitstag: „Besonders bei den ganz Kleinen ist die Gefahr einer nachhaltigen Schädigung bis hin zu Todesfällen durch Unfälle hoch. Sie gilt es umso mehr zu schützen. Deswegen begrüße ich es, dass Säuglinge und Kleinkinder dieses Jahr im Mittelpunkt des Aktionstages stehen und über Gefahren, die oft gar nicht als solche wahrgenommen werden, aufgeklärt wird.“



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlage 19

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni 2013

Berlin, 11. Juni 2013

Herausgeber:

Referat Presse, Rundfunk, Fernsehen,
PuK 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-37171

Fax: +49 30 227-36192

pressereferat@bundestag.de

Bittere Armut treibt viele Familien dazu, ihre Kinder arbeiten zu schicken. Arbeitslosigkeit, ungerechte Landverteilung, Verschuldung und Preisverfall der Rohstoffe führen dazu, dass Familien auf die Einkünfte aus der Kinderarbeit angewiesen sind. Das Ziel, die schlimmsten Formen von Kinderarbeit bis zum Jahr 2016 zu beseitigen, ist nach ILO-Angaben in weite Ferne gerückt. Der Grund sei die Wirtschaftskrise: Sie werde nach UN-Angaben von immer mehr Staaten als Grund dafür genutzt, um weitere Schritte im Kampf gegen Kinderarbeit zu verhindern. So lassen fehlende soziale Absicherungen und Kürzungen der Sozialausgaben vieler Regierungen erkennen, dass eine Verbindung zwischen der Ausbeutung der Arbeitskraft von Kindern und der krisenhaften Entwicklung der Weltwirtschaft besteht.

Von den 215 Millionen weltweit arbeitenden Kindern sind mehr als die Hälfte gezwungen, dies in den unwürdigsten Bereichen von Kinderarbeit wie beispielsweise Sklaverei, Schuldknechtschaft und Prostitution zu tun. Der Traum von einer Schulbildung bleibt für diese Kinder dabei unerfüllbar.

Kinderarbeit verstößt eklatant gegen die UN-Kinderrechtskonvention, die den Kindern umfassende Rechte zubilligt. Sie haben das Recht, geschützt aufzuwachsen, in die Schule zu gehen und Freizeit zu haben.

Mit dem Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni soll dazu aufgerufen werden, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Die Kinderkommission begrüßt es, dass sich viele Hilfsorganisationen und die Deutsche Entwicklungshilfe weltweit gegen die Ausbeutung von Kindern einsetzen und sich dafür engagieren, den Kindern ihre Kindheit wiederzugeben. Den Familien müssen Alternativen zur Kinderarbeit geboten werden und den Kindern muss der Besuch einer Schule oder eine berufliche Ausbildung ermöglicht werden.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Zwischenbericht der Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Beate Walter-Rosenheimer, erklärt hierzu: „Wir dürfen nicht hinnehmen, dass weltweit 215 Millionen Kindern in teils unwürdigsten Formen arbeiten müssen. So sollten auch keine Produkte in den Handel gelangen dürfen, die durch Kinderarbeit entstanden sind. Städte und Gemeinden sollten bei allen Dingen, die sie kaufen, schon bei der Ausschreibung darauf achten, dass diese nicht durch Kinderarbeit entstanden sind.“